

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Ansprechender: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 158.

Freitag, den 10. Juli 1914.

21. Jahrg.

Hierzu 1 Beilage und „Die Neue Welt“

Die Fleischermeister und die Fleischpreise.

Wir haben schon darauf hingewiesen, wie sich die Fleischpreise im Gegensatz zu den sinkenden Viehpreisen. Im letzten Vierteljahr ist diese Tatsache noch auffälliger geworden, und eine Fülle von Beispielen zeigt, wie der deutsche Konsument jetzt um des Profits der Fleischermeister willen seinen Fleischverbrauch wegen der Höhe der Preise weiter eingeschränkt halten muß. Erst in denjenigen Orten, wo die städtischen Behörden oder die Konsumentenorganisationen mit aller Schärfe gegen diese gemeingefährliche Haltung der Fleischermeister und ganz besonders der Fleischerinnungen vorgehen, ist es zu Herabsetzungen der Fleischpreise gekommen. So haben in Donaauwörth die Metzgermeister die Fleischpreise sofort herabgesetzt, als der Magistrat der Stadt beschloß, zum Anschauen und Verkauf von Viehstücken seitens Privater ein Lokal unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. In München hat das drohende Eingreifen der Behörden ein ähnliches Sinken der Fleischpreise veranlaßt. Diese Beispiele ließen sich beliebig vermehren. Wie toll es die Fleischerinnungen zurzeit treiben, zeigen die Verhältnisse in der Stadt Emden. Bei einem dort ausgebrochenen Streit zwischen Fleischhändlern und Viehhändlern hat sich tatsächlich herausgestellt, daß die Metzger der dortigen Innung für das Militärfleisch derselben Qualität wie das im Laden verkaufte, zu 60 Pfg. pro Pfund liefern, während sie die Kunden vom Zivil 90 Pfg. pro Pfund dafür abnehmen. Besonders bedeutsam ist der Preisrückgang bei Schlachtschweinen. Die „Frankfurter Zeitung“ teilte zum Beispiel vor einigen Tagen mit, daß die auf dem letzten Viehmarkt in Frankfurt gezahlten Schweinepreise die niedrigsten seit November 1913 darstellen, wo der Preisrückgang einsetzte, der sich bis jetzt auf 34 Prozent beläuft. Der Preisrückgang für Schlacht- und Zuchtchweine auf dem Lande hält, wie aus Niederhessen, Oberhessen, dem Westerwald und anderen Gegenden Südwestdeutschlands mitgeteilt wird, ständig an. Die Händler bieten nur noch ca. 40 Pfg. pro Pfund Lebendgewicht, so daß, wie berichtet wird, viele Landwirte zur Selbstschlachtung des Viehes übergehen.

Die Ursachen dieser Erscheinung sind vielfältig. Der Hauptgrund liegt in der deutschen Zollpolitik, die nun den Agrariern ihr eigenes Grab gräbt, ohne die Konsumenten dabei mit einem besseren Leben zu beschenken. Die Zölle auf Futtermittel und die Zölle auf Vieh und Fleisch haben auf der eine Seite die Viehproduktion enorm verteuert und auf der anderen Seite eine Vermehrung der deutschen Viehzucht und Fleischproduktion herbeigeführt, der kein steigender Konsum der Bevölkerung gegenübersteht. Denn die Bevölkerung Deutschlands ist durch die wahnwitzige Steigerung der Militär- und Steuerlasten und durch die lange und einschneidende wirtschaftliche Krise vollkommen unfähig gemacht, die gewachsenen Vieh- und Fleischproduktionen aufzunehmen. Dieser gegenläufige Prozeß der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zeigt erneut, wohin wir treiben, nachdem alle Gegengründe der Sozialdemokratie bei den Militär- und Marinevorlagen und in der Zoll- und Handelspolitik nicht gehört worden sind. Wenn die Sozialdemokratie deshalb jetzt gegen die Wucherpreise der Fleischerinnungen vorgeht, so tut sie das aus ganz anderen Gründen wie die Agrarier, die jetzt in ihrer Presse gegen die Fleischer und gegen die Viehhändler gleichfalls Sturm laufen.

Die Fleischermeister aber, die allen Grund hätten, diese Erscheinungen mit Ernst und Vorurteilslosigkeit zu prüfen, haben sich bei der Tagung des Deutschen Fleischerverbandes als unglaublich borniert, rückständig und volksfeindlich gezeigt. Da wurde unter anderem ein Antrag des Bezirksvereins Elsaß-Lothringen angenommen, der den Verband ersucht, sobald wie möglich Hand in Hand mit anderen gewerblichen Verbänden „gegen die Staats- und Städtekonkurrenz in gemeinschaftlicher Weise vorzugehen, da durch solche Maßnahmen die Entstehung von kapitalistischen und sozialdemokratischen (!) Großbetrieben gefördert wird.“ In Verbindung hiermit wurde eine Anregung der Bezirksvereine Thüringens zum Beschluß erhoben, der sogar der Unterstützung der sogenannten Hausfrauenvereine durch Hergabe von Räumen seitens der Behörden entgegenzutreten will. Eine Reihe ähnlicher volksfeindlicher Anregungen und Wünsche wurden laut. Die Fleischerverbändler haben aber nur gezeigt, daß sie aus der Geschichte der deutschen Wirtschaftspolitik absolut nichts gelernt haben, und daß sie noch immer nicht begriffen haben, daß ihr Vorteil allein in einer wie immer gearteten und erleichterten Konsumkraft des Volkes besteht. Ihre eigensüchtigen

Profitinteressen des Augenblicks lassen sie sich, genau wie die Agrarier, ihr eigenes Grab schaufeln. Wie wenig sich die Fleischermeister über die wirtschaftlichen Zusammenhänge überhaupt klar sind, zeigt ferner besonders eine lange Resolution, die sie auf dieser Danziger Tagung über die Wirtschafts- und Zollpolitik angenommen haben. In dieser Resolution wird auf der einen Seite eine Herabsetzung der Vieh- und Fleischzölle gefordert, während auf der anderen Seite verlangt wird, die Zölle für alle pflanzlichen Fettstoffe und die daraus gewonnenen Öle, soweit sie nicht schon heute mit einem Zoll belastet sind, mit einem Zoll oder einem entsprechend höheren Zoll zu belegen. Zugleich wird in diesem Wirrwarr der Profitinteressen gefordert, daß der zollfreie Grenzverkehr mit Fleisch und auch mit anderen Bedarfsartikeln aufgehoben werden kann, „wenn er zu gewohnheitsmäßigem Mißbrauch und zu schwerer Beeinträchtigung der deutschen Gewerbeinteressen im Grenzgebiet ausartet.“ Man sieht aus diesen wenigen Fällen, die wir aus der langen Resolution herausziehen, wie sich in den Köpfen der Fleischer-Innungsmeister das Wirtschaftsbild abmalt. Sie sind für Aufhebung der Zölle, sobald der Handelsprofit dadurch gesteigert wird, sie sind für Erhöhung der Zölle, sobald ihr Handelsprofit oder ihr Mehrwert in ihrer Produktionsphäre gemindert wird. Die Interessen der Konsumenten, das heißt der übrigen Bevölkerung, scheiden sie für vollkommen aus. Es ist daher notwendig, daß die deutsche werktätige Bevölkerung den Kampf gegen die Wucherpreise der Fleischerinnungen genau so aufnimmt und so scharf durchführt, wie gegen die Wucherzölle der Agrarier und ihrer Regierung.

In ihrem Kampfe gegen die Agrarier sind die Fleischermeister in Danzig übrigens auf eine sehr kuriose Idee gekommen. Sie verlangen ein Gesetz, das die Viehhaltung nach Stückzahl nur im Verhältnis zur Größe des Landbesitzes geführt werden darf. Die schon bei andern Beispielen bewiesene Wirrnis in den wirtschaftlichen Anschauungen der Herren Fleischermeister zeigt sich an dieser Forderung besonders. Sie ist ein eklatanter Beweis, wie sehr diese Innungsmeister noch in den Jungstzeiten seligen Angedenkens zu leben glauben, und wie sie genau so handwerkerlich-reaktionär denken, wie die Innungsmeister in der Schuster- und Schneiderbranche oder sonstwo.

Auf der verschwommenen Tagung der Fleischermeister in Danzig ist auch rein gar nichts zu finden, was uns irgendwie sympathisch berühren könnte. Denn selbst die schon erwähnten Forderungen auf Herabsetzung der Vieh- und Fleischzölle entsprechen nicht dem Wünsche, der Allgemeinheit zu dienen, sondern entpringen, wie gesagt, dem reinen Interesse am Händlerprofit. Es fällt den Innungsmeistern eben gar nicht ein, bei niedrigen Viehpreisen, die durch Aufhebung der Vieh- und Fleischzölle noch mehr in die Erscheinung treten würden, die Fleischpreise entsprechend herabzusetzen.

Darum aber dreht sich im Moment der Hauptkampf. Und darum muß es auch dabei bleiben, daß die Arbeiterklasse mit aller Gewalt den Kampf gegen die Fleischermeister und ihre hohen Fleischpreise energisch aufnimmt, einen Kampf, der der Arbeiterklasse nur aufzuzwingen ist. Sie muß diesen Kampf politisch gegen die Agrarier, gegen die bestehende Zoll- und Handelspolitik und gegen die Regierung führen, die für diese Auspöwerung des Volkes verantwortlich ist. Zugleich aber kann sie praktisch den Wucherprofit derjenigen Fleischermeister, die ihre Preise den gesunkenen Viehpreisen nicht anpassen, dadurch schmälern, daß sie die Konsumvereine der Arbeiter mit allen Kräften stärkt und die Gemeindeverwaltungen zwingt, jeden wucherischen Zwischenhandel durch eigene Vertriebsstellen auszuschalten. Andererseits sind die gegenwärtigen Fleischpreise und das Verhalten der Fleischermeister zu einem neuen Mittel eines verschärften Klassenkampfes geworden, das in allen Zusammenkünften von Arbeitern und kleinen Leuten gebührend ausgenutzt werden muß, um ihnen auch an diesem Beispiel zu zeigen, wie allein die Sozialdemokratie und der Sozialismus dem Volke die Rettung aus seinem Elend bringen können.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich.

Unter dieser Stichmarke richtet der Ausschuß des schlesischen Arbeiter-Sängerfestes einen offenen Brief an den Minister des Innern, in dem er Herrn von Loebel auf folgende, recht merkwürdig zu einander stimmende Tatsachen verweist:

Am 1. und 2. Juni wurde von der Breslauer Polizei auf Anordnung ihres Präsidenten jedes Kind und jede unter 18 Jahre alte Person aus den Räumen des Arbeiter-Sängerfestes verwiesen, weil der Sängerbund politisch sei und einzelne Lieder einen po-

litischen Inhalt haben sollte. Am 14. Juni feierte der konservative Verein für den Wahlkreis Dels-Wartenburg ein „Volksfest in Bukowina“, auf dem der frei-konservative Abgeordnete Mertin eine große politische Rede hielt, in der er gegen Freisinn und Sozialdemokratie polemisierte und die Regierung zu schärferem Kampfe gegen den Umsturz aufforderte. An diesem politischen Feste nahmen etwa 150 Kinder und Jugendliche teil, ohne daß die Polizeibehörde dagegen einschritt. Der oberste Chef der Polizeigewalt im Kreise, Landrat von Busse, war selbst anwesend, er tat nichts gegen die Anwesenheit der Jugendlichen, sondern hielt selbst noch eine Rede über die Pflichten der Staatsbürger. Am 30. Juni hielt der Bund der Landwirte und der konservative Verein Trebnitz ein Fest ab, in dessen Mittelpunkt eine hochpolitische Rede des konservativen Führers von der Heydebrand und der Lasa stand. Der ungetrübte König von Preußen beschäftigte sich nicht nur mit der inneren Politik, indem er tüchtig gegen die Sozialdemokratie hegte, sondern gab der Regierung auch Anweisungen, wie sie sich bei den zukünftigen Verhandlungen über die Handelsverträge mit Rußland zu benehmen habe. Dieser konservativen hochpolitischen Veranstaltung wohnten über 200 Kinder und Jugendliche bei, ohne daß die Inhaber der Polizeigewalt, Bürgermeister Goltz und Landrat von Schulich aus Trebnitz, die beide auf dem Fest anwesend waren, etwas dagegen unternahmen.

In seinem offenen Brief fragt nun der Ausschuß des Arbeiter-Sängerfestes, ob in Schlesien das Reichsvereinsgesetz für Konservative anders lautet als für Sozialdemokraten und ersucht den Minister, wenn das nicht der Fall sei, die Beamten zur Verantwortung zu ziehen, die den Arbeitern verwehren, was den Rittergutsbesitzern erlaubt ist. Da die Anordnungen der Polizei gegen das Arbeiter-Sängerfest durch Beschwerde des Genossen Wolfgang Heine angefochten sind, wird der Herr Polizeiminister Gelegenheit bekommen, sich zu den peinlichen Gerechtigkeiten seines Ressorts zu äußern.

Das Ergebnis des Wehrbeitrages für Preußen.

Das preußische Finanzministerium teilt den „Berliner Polit. Nachrichten“ mit, der einmalige außerordentliche Wehrbeitrag werde für den gesamten Bereich der preußischen Monarchie 603 Millionen Mark ergeben. Dieser Betrag entspreche ziemlich genau derjenigen Summe, die von der preußischen Finanzverwaltung unter Zugrundelegung des vom Reichsschatzamt veranschlagten Ertrages errechnet worden war. Wenn das Ergebnis des Wehrbeitrages den hochgespannten Erwartungen nicht entspricht, die im vorigen Jahre und bis noch vor kurzem vielfach gehegt wurden, so sei dies auf das Zusammenwirken von drei Momenten zurückzuführen: Erstens auf die schlechte Situation des Geldmarktes am 21. Dezember 1913, dem Stichtage für die Beitragspflicht und die Ermittlung des Vermögenswertes; zweitens habe die gesonderte Vermögensveranlagung der Kinder nachteilig gewirkt; endlich seien infolge der Bestimmungen über die beitragsfreie Vermögensgrenze erhebliche Ausfälle entstanden. — Das Ergebnis des Wehrbeitrages könne für das ganze Reich eine sichere Unterlage für die Berechnung des deutschen Nationalvermögens nicht bieten; vielmehr dürfte mit Sicherheit anzunehmen sein, daß der Wert des deutschen Nationalvermögens nicht unerheblich über die bei der Wehrbeitragsveranlagung ermittelte Höhe hinausgeht.

Neue Vorlagen für den Reichstag.

Meldungen bürgerlicher Blätter zufolge werden dem im Herbst zusammentretenden Reichstag ein Gesetzentwurf zur Einschränkung der Verfügungen über Miet- und Pachtzins-Forderungen, ferner eine neue deutsche Wechselordnung mit einem besonderen Einführungs-gesetz und ein Gesetzentwurf über die Haftpflicht der Eisenbahnen zugehen. — Der erste Gesetzentwurf bedeutet eine Abänderung des Bürgerlichen Gesetzbuches dahingehend, daß die Wirkung der Voraussetzungen über Miet- und Pachtzins-Forderungen, die dem Erwerber eines Grundstückes oder den Hypothekengläubigern gegenüber eintritt, auf das laufende Vierteljahr beschränkt wird.

Eine neue Partei.

Um einem tiefgefühlten Bedürfnis abzuhelfen, ist eine neue Partei unter dem Namen „Nationaldemokratische Partei“ gegründet worden. Der Gründer ist der satfam bekannte Herr Lehnig, der der Reihe nach überall abgewirtschaftet hat, wo er sich jetzt betätigt. Neben der Zahl der Mitglieder der neuen Partei erfährt man vornehmlich nichts. In der Hauptsache wird es den Gründern wohl um die Beiträge zu tun sein, die jährlich mindestens 2 Mark betragen, aber in 2 Raten gezahlt werden können. Wer 100 Mark auf einmal zahlt wird Mitglied der Partei auf Lebenszeit, vorausgesetzt

naturlich, daß die Partei solange existiert. Als Zweck der Partei wird angegeben, Deutschland aus der Versumpfung herauszureißen, in die es unter der Herrschaft der jetzt bestehenden Parteien gekommen ist. Herr Lehmann wird zweifellos dafür sorgen, daß diese neue Partei nur eine sehr vorübergehende Erscheinung sein wird.

Schluß des hessischen Landtags.

Der hessische Landtag wurde Donnerstag vormittag geschlossen. Der Präsident, Oberbürgermeister Köhler, wies nach einem Rückblick auf die Arbeiten der dreijährigen Legislaturperiode, unter denen besonders die Reform der Beamtenbesoldung einen großen Teil der Sitzungen absorbierte. Der Präsident schloß mit einem Hoch auf das Hessenland, in das auch die Sozialdemokratie mit einstimmte. Der offizielle Schluß fand durch den Großherzog im Schlosse statt, woran sich eine Mittagstafel anreihete. An diesem offiziellen Akt beteiligte sich die Sozialdemokratie nicht. — Die Neuwahlen finden im November statt.

Gegen die Koalitionsrechtsheher

nahm der Gewerkschaftsverband der evangelischen Arbeitervereine in Schlesien auf seiner Tagung in Sagan Stellung. In einer Resolution wird gesagt, daß die berufliche Organisation das einzige wirksame Mittel sei, um eine gerechte Regelung der Arbeitsverhältnisse zu erzielen. Nachdem den Mitgliedern der Anschluß an die christlichen oder kirchlichen Gewerkschaften empfohlen und der „vielfach ausgeübte Organisationszwang“ der freien Gewerkschaften getadelt ist, heißt es ausdrücklich: „Die bestehenden Gesetze sind ausreichend, um bei Arbeitsverhältnissen Ausschreitungen zu verhüten.“ Was sich die konservativen Abgeordneten dieser konservativen Wähler merken können!

Ein jungkonservativer Reichsverband.

Konservative Blätter melden, daß in Bonn a. Rh. in den ersten Monaten dieses Jahres ein jungkonservativer Reichsverband gegründet wurde, der alle Deutschen im Alter von 18 bis 25 Jahren sammeln soll. Der Verband will ferner „die Laubhute bekämpfen, die unter vielen Gebieten herrscht und auflösend wirken in den Kreisen, die von Schlagworten der liberalen Vorkriegszeit beherrscht werden.“ Der Verband hat sich der Organisation der konservativen Partei, insbesondere dem Hauptverein der Deutschkonservativen angeschlossen. Der neue konservative Zweig, der bisher im verborgenen blühte, scheint nunmehr im politischen Kampfe seine Rolle spielen zu wollen.

Finnland.

Die Russifizierung Finnlands.

Die Reichsduma hat nunmehr beschlossen, daß nach Finnland eingeführtes Getreide mit einem Zoll von 4 Mk. 30 Penni per 100 Kg. belegt werden soll. Für Weizen und Gerste beträgt der Zoll 6 Mk. 50 Penni per 100 Kg. Dieser Beschluß steht in scharfem Widerspruch mit dem geltenden Handelsvertrag zwischen Rußland und Deutschland, laut welchem eine Veränderung der Zollsätze nicht stattfinden darf, ohne daß zwei Jahre vorher eine Kündigung erfolgt. Daß Deutschland diese Maßregel nicht mit Gleichgültigkeit aufnehmen kann, geht schon aus der Tatsache hervor, daß sein Getreideexport nach Finnland nicht weniger als den vierten Teil seiner gesamten Getreideausfuhr ausmacht. Es läge also im Interesse Deutschlands, energisch dagegen Stellung zu nehmen, daß Rußland in vollkommen willkürlicher Weise den Handelsvertrag zu seinen Gunsten zu deuten versucht.

Die russische Regierung glaubt den russischen Bauern einen Vorteil zuzuschlagen, indem sie Finnland zwingt, für einen höheren Preis als früher alles Brot aus Rußland zu nehmen. Dies ist aber, wie die freisinnige russische Presse und die Opposition in der Duma nachgewiesen hat, ein großer Irrtum. Der Preis, den die russischen Bauern für ihr Getreide erhalten, wird keineswegs steigen. Wohl aber werden die russischen Mühlenbesitzer und Getreidehändler für ihre Rückständigkeit und ihre Unredlichkeit eine Extraprämie durch diesen Zoll erhalten, eine Prämie, die zur Folge hat, daß sie ihre Ware mit erhöhtem Gewinn absetzen können, trotzdem der russische Getreidehandel auf demselben niedrigen und unrentablen Standpunkt verbleibt wie bisher. Finnland soll unter dem Vorwand, daß dem russischen Getreidehandel ausgeholfen werden muß, zugunsten der habgierigen russischen Getreidehändler ausgeholfen werden. Dies hat einer der größten Getreidehändler Rußlands, Herr Kalaschnikow, der ein ehrlicher Mann ist, offen eingestanden. Er hat erklärt, daß er als Getreidehändler allerdings mit dem Zoll einverstanden sein könne, daß dieser Zoll aber nur den Zweck habe, die Händler zu bereichern, dem armen Mann dagegen zum Schaden gereiche. Der Schlag trifft am härtesten die arme Bevölkerung Finnlands. Jetzt wird diese in handgreiflicher Weise die Folgen der russischen Gewaltpolitik zu fühlen bekommen. Während die russische Regierung mit der rechten Hand diesen empfindlichen Schlag ansteift, versucht sie mit der linken durch das Anerbieten der Bauernbankausleihen die Bauern für sich zu fobern. Der Bauernstand in Finnland ist aber zu aufgeweckt, um sich durch so plumpe Manöver die Haut über die Ohren ziehen zu lassen.

Wie weit die Angst vor aller Art Aufklärung bei den Polizeibehörden geht, zeigt der lächerliche Umstand, daß neulich dem schwedischen Gelehrten Dr. J. Bergmann verboten wurde, einen öffentlichen Vortrag über die Mäßigkeitsbestrebungen zu halten. Nicht einmal in einem geschlossenen Kreise durfte Dr. J. Bergmann reden.

Das russifizierte Loizenamt befindet sich noch immer in demselben elenden Zustande, und es scheint keine Hoffnung vorhanden, hierin Besserung zu erlangen. Fortwährend herrschen die Zeitungen über Savarien und Schiffsbrüche, die regelmäßig unter Führung russischer Soldaten stattfinden. Die schiffahrenden Nationen scheinen in diesem Punkte schon resigniert zu haben. Sonst müßte es doch wohl in ihrem Interesse liegen, so lange bei der russischen Regierung gegen diese Mißwirtschaft zu protestieren, bis diese sich bereit findet, dem Unfug zu steuern und die alte Ordnung wiederherzustellen.

Balkan.

Koriza in Händen der Aufständischen. Der holländische Kriegsminister hat folgende Depesche erhalten: Koriza ist am 6. Juli gegen Ubena in die Hände der vereinigten Epiroten und Aufständischen gefallen. Die holländischen Offiziere befinden sich wohl auf und sind auf dem Wege nach Valona.

Sozialdemokratischer Bezirksverband für Mecklenburg-Lübeck.

Wir berufen hiermit eine Konferenz der Bildungsausschüsse für Sonnabend, den 1. August, abends 8½ Uhr nach Malchin, Schützenhaus, ein.

Tagesordnung: Vortrag des Genossen Stellung-Lübeck, über: „Unsere Bildungsarbeit im Bezirk“. Die Orte, in denen Bildungsausschüsse nicht bestehen, ersuchen wir, die Delegierten des Bezirks-Parteitag auch zu dieser Konferenz zu delegieren.

Zwecks Zustellung der Mandate und Feststellung der Teilnehmerliste, ersuchen wir die Vorstände der Ortsvereine, Namen und Anzahl der Delegierten für die Konferenz, sowie auch für den Bezirks-Parteitag hierher mitzuteilen.

Der Bezirksvorstand.

J. A.: W. H. Kröger, Rostock, Doberanerstraße 6.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, 10. Juli.

Für den Bezirks-Parteitag in Malchin sind bisher folgende Anträge eingegangen:

Bezirksvorstand: Jeder Ortsverein hat das Recht Delegierte zum Parteitag zu entsenden. Ortsvereine bis 300 Mitglieder wählen einen, über 300—600 zwei, über 600—1000 drei, und für jedes weitere angefangene Tausend einen weiteren Delegierten.

Bühow: 1. Der „Mecklenburgischen Volkszeitung“ die „Neue Welt“ als Sonntagsbeilage beizugeben. 2. Den nächsten Parteitag in Bühow abzuhalten.

Malchin: Der „Mecklenburgischen Volkszeitung“ die „Neue Welt“ beizugeben.

Parßim: Der Parteitag wolle beschließen, im kommenden Winter in ganz Mecklenburg an einem Tage Demonstrationsversammlungen abzuhalten mit dem Thema: Die Verfassungsverhältnisse in Mecklenburg.

Lübeck: Den nächsten Parteitag in Lübeck abzuhalten.

Ueber Sonnen- und Strandbäder.

Ein Merkblatt.

1. Pflege und Abhärtung der Haut sind hervorragende Mittel zur Erhaltung der Gesundheit. Die Haut ist nicht nur ein wichtiger Wärmeregulator des Körpers, welche den Organismus gegen die Schädlichkeiten wechselnder Temperaturen schützt, sie ist zugleich ein mächtiges Ausscheidungsorgan, welches im Verein mit Nieren und Lungen die Entfernung giftiger Substanzen aus dem Körper besorgt.

2. Strandbäder, Licht-, Luft- und Sonnenbäder sind das wirksamste Abhärtungsmittel für die Haut. Sie regen die Hauttätigkeit an, fördern Stoffwechsel und Blutbildung und machen den Menschen heiter und froh. Dies gilt vor allem auch vom Sonnenbad.

3. Strandbäder sollen nie bei einer Temperatur unter 15 Grad genommen werden. Zur Verhütung von Kältegefühl ist reichliche Bewegung (Umhergehen, Turnen usw.) notwendig. Frostschauer bekämpft man durch kräftiges Reiben der Haut und energische Bewegung. Bei anhaltendem Frost ist das Luftbad sofort abzubrechen.

4. Das wirksamste Bad ist das Sonnenbad. Die Sonne übt mit ihrem gemäßigten wirksamen Strahlen einen mächtigen Reiz auf die Haut aus. Da dieser Reiz bei allzu langer Dauer und Stärke zu schweren Entzündungen der Haut, bei empfindlichen oder kranken Menschen auch zu gefährlichen Erkrankungen des Körpers führen kann, ist beim Gebrauch der Sonnenbäder besondere Vorsicht nötig.

5. Im Sonnenbad lege man sich in der Richtung von Osten nach Westen auf eine geeignete Unterlage. Der Kopf liege erhöht und beschattet; die Augen sind bei grellem Lichte durch eine dunkle Brille vor starker Beleuchtung zu schützen.

6. Die besten Stunden für Sonnenbäder sind im Sommer von 10 bis 4 Uhr, im Winter von 11 bis 2 Uhr mittags. Zur Vermeidung des Sonnenbrandes darf dieselbe Körperstelle nie länger als fünf Minuten der direkten Wirkung der Sonnenstrahlen ausgesetzt werden. Darum ist die Körperstelle alle 5 Minuten zu wechseln; man beginnt mit der Rückenlage, geht in die rechte, später in die linke Seitenlage und schließlich in die Bauchlage über. Auf das Sonnenbad folgt ein kurzes Wasserbad, worauf der Körper getrocknet wird.

7. Körperstellen, welche durch das Sonnenbad empfindlich geworden sind, sind sofort mit einem schützenden Tuche zu bedecken und der weiteren Einwirkung der Sonnenstrahlen zu entziehen.

8. Die Dauer des Sonnenbades soll sich anfangs auf 15 Minuten beschränken. Diese Vorsicht ist unerlässlich, weil sich die Wirkung des Sonnenbades auf die Haut im voraus nie abschätzen läßt und sich sehr schädliche Folgen (starke Schmerzen, schwere Entzündungen usw.) erst viele Stunden nach dem Sonnenbad, häufig erst am nächsten Tage, bemerkbar machen. Werden die Bäder gut vertragen, so können sie später auf eine Stunde ausgedehnt werden.

9. Zeigen sich als Folgen des Sonnenbades starke Rötungen, Empfindlichkeit oder Entzündung der Haut, so ist letztere mit Baiseline zu bestreichen und der Weitergebrauch der Bäder unbedingt auszusetzen.

10. Man habe nie mit vollem Magen, auch nicht vollkommen nüchtern. Alkoholgenuss vor dem Sonnenbad und während desselben ist strengstens verboten, weil lebensgefährlich.

11. Das Sonnenbad kann bei vorliegenden Erkrankungen zu schweren Störungen und zu plötzlichen gefährlichen Zufällen führen. Ohne vorherige ärztliche Untersuchung dürfen Kranke daher kein Sonnenbad nehmen.

Besichtigung geschädigter Räume durch Mietsläufige. Jeder Mieter, dessen Räume geschädigt sind, ist verpflichtet, zu gewissen Tageszeiten Mietsläufigen die Besichtigung zu gestatten. Häufig sind im Mietvertrag Zeiten festgelegt. Diese sind maßgebend, auch wenn sie sich auf Sonn- und gesetzliche Feiertage beziehen. Enthält der Mietvertrag dahingehende Bestimmungen nicht, so muß der Mieter zu „angemessenen“ Zeiten die Besichtigung gestatten. Eine gesetzliche Verpflichtung

hing, die Besichtigung, auch von Sonntagen zu gestatten, nicht mehr nicht annehmen können bei Beachtung der auch hier Anwendung findenden Vorschriften des § 193 des Bürgerlichen Gesetzbuches, wonach Leistungen an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen nicht bewirkt zu werden brauchen. Im allgemeinen rufen wir schon im Interesse der Wohnungsuchenden, die sich die Zeit abstecken müssen, auch zu wenig gelegenen Zeiten die Besichtigung zu gestatten. Ist während der üblichen oder vertraglichen Besichtigung niemand in der Wohnung anwesend, so ist der Wohnungsschlüssel beim Vermieter, Verwalter oder — wohnen dem Wirt oder Verwalter Kenntnis zu geben ist — bei Nachbarn abzugeben. Bezeichnet der Vertrag die Stelle, wo der Schlüssel zu hinterlegen ist, so ist das maßgebend. Hingewiesen sei darauf, daß derjenige, der die Schlüssel entgegennimmt, beim Abhandeln von Gegenständen aus der Wohnung haftbar ist. Dem Wirt oder seinem Beauftragten wird man auch dann, wenn im Mietvertrag darüber nichts bestimmt ist, das Recht zugestehen müssen, bei der Besichtigung zugegen zu sein. Erkundigen sich die Mietsläufigen nach Mängeln in der Wohnung, so ist der Wohnungsinhaber berechtigt, wahrheitsgemäße Auskunft zu erteilen. Hier ist Vorsicht am Platze, da der Wohnungsinhaber in einem Schadensersatzprozess für seine Angaben beweispflichtig ist.

Vom Fortschritt der Technik. Wer seine Schritte einmal dem städtischen Gaswerk am Kanal zu lenkt, dem fällt gewiß das kunstvolle hohe Eisengerüst in die Augen, das vom Gaswerk herüber nach dem großen Koksager der Firma Heinrich Diestel führt. Eine rationelle Betriebsweise zwingt heutzutage den Unternehmer, sich aller technischen Hilfsmittel zu bedienen, unbekümmert darum, ob dabei Arbeitskräfte überflüssig werden oder nicht. Für die Arbeiterschaft ist die sich vervollkommende Technik leider mit der Vermehrung der Reservearmee bedingt, aber wir sind über die Zeit hinaus, wo wir in den Maschinen nur Feinde erblickten. Das Werk an und für sich bietet einen interessanten Einblick in den modernen Arbeitsprozess, in dem eine kunstvolle Maschinerie ineinandergreift und alle die Arbeit spielend übernimmt, die früher hundert Arme in anstrengender Bewegung hielt. Im fast noch warmen Zustand wird der Koks vom Gaswerk in den 1500 Hektoliter fassenden Eisenbetonsunder geleitet, unter den die eisernen Hochtransportwagen geschoben und dann durch einen einfachen Hebeldruck auf die 23 Meter hohe Transportbahn gewunden werden. In luftiger Höhe gleitet der Förderwagen mit seinen 13 Hektoliter Koks über das Gaswerk hinweg auf den Lagerplatz, zum Brech- und Sortierwerk. Eine Maschinenanlage, die volle Bewunderung erregt. Selbsttätig entleert sich der Förderwagen in einen großen Trichter, von wo aus der Koks in die Separation gleitet. Auf Sieben verschiedener Größe wird der Koks entlanggeschüttet, fällt in die tieferliegenden Bunker, wo er in fünf verschiedenen Sorten hektoliterweise in Säcke abgefüllt und auf die Wagen verladen wird. Zu der ganzen Arbeit sind nur wenige Handgriffe notwendig. Eine zweite, kleinere und transportable Sortiermaschine steht auf dem Platze. Wie bei einer Baggermaschine wird das Material heraufgeschafft, die Maschine rattert und knattert und speit den Koks in drei Körnungen ebenfalls abgemessen aus. Der ganze Vorgang geht in so raschem Tempo, daß die Arbeiter keine Minute beim Abfüllen verlieren dürfen. Wird auf Lager gearbeitet, fahren die Transportwagen zu den riesigen Koksbergen, deren einer allein 300 000 Hektoliter birgt. Die Koks-Transportbahn mißt im Kreislauf 464 Meter, von der höchsten Stelle, 23 Meter, bietet sich ein prächtiger Rundblick. Das Brechwerk liefert in der Stunde 400 Hektoliter in fertig sortierter körniger Handelsware grusfrei und hektoliterweise abgemessen. Die große Koksfortier- und Auslade-maschine liefert per Stunde 200 Hektoliter fix und fertig, gemessen oder gewogen. Ein weiteres, Menschenkraft sparendes Werk ist das Koks- und Kohlen-Entladetransportband, auf dessen 200 Meter langen Rundlauf in der Stunde 375 Hektoliter Material an jede Stelle des weiten Schuppens transportiert werden können. Und das schaffen zwei Arbeiter, die auf dem Eisenbahnwagen den Koks nur in einen Trichter zu stoßen brauchen, von wo er auf das starke Gummiaband fällt und an Ort und Stelle geschafft wird. Diese Anlage war früher beim Kaufmannschuppen angebracht, wo sie nicht funktionieren wollte und quasi als altes Eisen verkauft wurde. Die Arbeiter der Firma Diestel haben die Maschinerie aber so in Ordnung zu bringen verstanden, daß sie jetzt tadellos arbeitet. Die ganze Werkseinrichtung zu besichtigen, war die Lübecker Presse am Donnerstag eingeladen worden. Mit großem Interesse wurde der umfangreiche Betrieb, der mit elektrischer Kraft hochgehalten wird, in Augenschein genommen. Die Herren Firmeninhaber und die Angestellten hatten in anerkennenswerter Weise die Führung übernommen und auch für die nötige Erfrischung nachher ausgiebig gesorgt.

b. Schöffengericht am 9. Juli. Das Ende einer Liebeslei. Zwei Revolver kaufte der Arbeiter G., um damit sowohl seinem Freunde als auch seiner Angebetenen Zucht und Schreden einzujagen. Der erste Revolver wurde ihm rechtzeitig abgenommen und der zweite schlug ihm der Bedrohte rechtzeitig aus der Hand, als G. schüchterne Zielversuche anstellen wollte. Die Bedrohung wurde mit 1 Monat Gefängnis geahndet. — Mit einer alten Uhr wollte der Sticker W. eine Zehne von über 6 Mark vorderhand bezahlen machen. Da das Kunstwerk ein Erbstück sein sollte, gab es der Zehner nur ungern weg, zum Unglück fiel ihm dieses bei der Uebergabe auch noch aus der Hand. Schließlich entpuppte sich das wertvolle Erbstück als eine gewöhnliche Stahluhr, die weder Glas noch Zeiger aufwies. Für diesen Betrug muß der Mann 1 Woche ins Gefängnis. — Mit Lotfischen bedrohte der Arbeiter H. einen Gastwirt, und als ihm der lebenswürdige Vorfall nicht gelang, warf er in der Gaststube die Tische und Stühle wild durcheinander. Unter Annahme mißbräucher Umstände wurde H. wegen Bedrohung und Sachbeschädigung zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt. — Wegen einer Latte, auf die der Hauswirt Eigentumsrecht erhob, sollte der Arbeiter G. auf Antrag des Staatsanwaltschaftsvertreters drei Tage ins Gefängnis. Das Gericht sprach den jungen Mann aber frei. — Vom Pferdehandel. Einen köstlichen Gaul erhandelten zwei Landwirte von dem österreichischen Viehhändler St. für 140 Mark. Die „guten“ Eigenschaften des „Lammstrommen“ Tieres zeigten sich bei der ersten Fahrt darin, daß es mit dem Wagen über alle Berge rannte. Die Käufer kamen mit dem Schreden davon, der Wagen aber ging in Trümmer. St. mußte sein Pferd wieder zurücknehmen, zahlte 90 Mark zurück und erkannte den ersten Käufer das Eigentumsrecht bis zur völligen Zahlung zu. An diese Abmachung hielt sich St. aber nicht, er verkaufte das Pferd angeblich für 80 Mark wieder. So viel habe er nur erhalten, weil die Landwirte das Pferd bei der Fahrt verdorben hätten. Für diesen Handel wird St. zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. — Das ewige Andenken vollständig. Die drei Photographierenden, die unter allerhand Vorpiegelungen den Leuten Vergrößerungen anbieten, wurden zu je 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Den Angeklagten B. und H. werden drei Wochen Untersuchungsfrist angerechnet.

Wie lange dürfen die Gäste in der Wirtschaft bleiben? Gegen ein Strafmandat von 5 Mark legte der Gastwirt S. Berufung ein, die am Donnerstag zum zweitenmal vor dem Schöffengericht verhandelt wurde. S. beruft sich auf die bis-

Herige Praxis des Polizeiamtes, das ihn noch nie angezeigt hätte, trotzdem er in den zehn Jahren, in denen er sein Lokal hat, noch Gäste bis 3, 4, 5 Uhr und länger in seinen Räumen aufhabe. In dem vorliegenden Falle seien die Gäste bis gegen 2 1/2 Uhr im Lokal gewesen. Das Gericht hat über die bisherige Handhabung des Polizeiamtes Erkundigungen eingezogen. Das Polizeiamt verweist auf eine Verordnung vom Februar 1854, in der es heißt, daß den Gästen zum Austrinken und Begleichen ihrer Rechnung noch eine halbe Stunde Zeit nach Schluß der Polizeistunde zu geben ist. Der Wirt darf in dieser Zeit aber keine Getränke aus-schenken. Eine weitere Ausdehnung sei vom Polizeiamt bisher nicht gestattet worden. Der Angeklagte erklärt, daß es nicht immer möglich ist, daß die Gäste in einer halben Stunde das Lokal verlassen. Zum Schluß dränge sich alles zusammen und die Garderobe sei nicht so groß, daß die Leute mit einem Male abgefertigt werden könnten. Das Gericht verwirft die eingelegte Verurteilung und läßt die Geldstrafe von 5 Mark bestehen. In der Urteilsbegründung heißt es u. a.: Wenn hier lediglich das R. St. G. in Frage käme, müßte der Angeklagte ohne weiteres bestraft werden, weil danach mit Schluß der Polizeistunde um 2 Uhr sämtliche Gäste aus dem Lokal entfernt sein müssen. Der Wirt hat danach die Gäste schon vorher auf den Schluß der Polizeistunde zu verweisen. Es ist aber nicht zu verkennen, wie die Uebung des Polizeiamtes ist. Hier ist die oben mitgeteilte Auskunft des Polizeiamtes maßgebend, die sich nach auf das Gesetz von 1854 stützt. Wenn der Gast auch nur länger als eine halbe Minute über die halbe Stunde im Lokal bleibt, tritt eine strafbare Handlung ein. Der Angeklagte ist zu bestrafen, weil er sein Lokal länger offen gehalten hat und noch nach 2 Uhr Getränke an Gäste verabfolgt hat, was nach dem R. St. G. und dem Gesetz von 1854 streng verboten ist. Eine Uebung des Polizeiamtes, die ein Ausschließen von Getränken nach der Polizeistunde gestattet, würde dem Gesetz zuwiderlaufen und den Angeklagten nicht vor Strafe schützen können.

Risiko der Arbeit. Am Dienstag morgen erlitt der Hagenarbeiter W. R. o h l o f f auf dem im heiligen Hafen Papierhof liegenden Dampfer „Johanna Delsner“ einen Unfall. Beim Brechen einer Kettenklinge traf ihn ein Glied derselben oberhalb des linken Auges, wodurch er eine schwere Verletzung erlitt. Nach Anlegung eines Notverbandes leitete Herr Dr. Leonhardt die erste ärztliche Hilfe.

Hansatheater. Schneider Wibbel, Komödie in 5 Bildern von Müller-Schlösser. Plattdeutsch bearbeitet von J. Ott. Das Stück ist recht lustig. Es spielt zur Franzosenzeit in Lübeck. Der Schneider und Bürgergarbist Wibbel hat in einem „Röm-rausch“, den er sich im „Schwarzen Adler“ antrinkt, nicht nur den Kaiser Napoleon in Gegenwart eines französischen Beamten beleidigt, sondern auch einen französischen Beamten reichlich mit dem Bierseidel niedergeschlagen. Dafür erhält er 4 Wochen Gefängnis. Ueber das Urteil ist er ganz niedergeschlagen und schiebt alle Schuld auf seinen Freund Janßen, der Bier für ihn bezahlt hat. Seine dralle Frau hat einen guten Einfall. Sie überredet den älteren Gesellen Zimpel — einem kränklichen hiesigen Sachsen — für ihren Mann ins Kitzchen zu gehen und die 4 Wochen abzubrummen. Für 10 Taler werden sie handels-einig. Der Meister steigt sich während dieser Zeit in einen Holzverschlag, in dem er gar jämmerlich friert. Nachdem 14 Tage vergangen sind, erscheint ein Beamter und teilt Frau Meisterin — die inzwischen mit dem ewig hungrigen Gesellen Ulrich wirtschaftet — mit, daß ihr Mann im Gefängnis gestorben sei. Jetzt ist Wibbel ein lebender Leichnam. Nun ist auch der Rat-teuer. Die Nachbarn und Bekannten von nah und fern kondolieren und zerfließen in Tränen. Tante Lieschen will gleich die ihr von Wibbel versprochene Porzellanuhr mitnehmen. Wibbel selbst sieht vom Fenster aus seinen Leichenzug vorüberziehen. Im letzten Akt geht er mit gefärbtem Haar und abrasiertem Bart in den Nachstunden spazieren, um an die frische Luft zu kommen. Das fällt den Nachbarn und der Polizei auf. Ein Schuhmann und Jung-Ulrich, der die Meisterin freien will, legen sich auf die Lauer. Wibbel wird entdeckt und von seiner Tante als ihr neuer Bräutigam ausgegeben. Das ist in großen Zügen der Gang der Handlung. Durch das plattdeutsche Idiom fühlt man sich dabei ordentlich heimlich. Die Haupt- und Titelfolle lag in den bewährten Händen von Carl Wilhelm. Sie war ihm geradezu auf den Leib geschrieben. Er und Helene Bürg als seine Frau verhalten dem Stück zu einem durchschlagenden Erfolg. Auch die übrigen Darsteller gaben ihr Bestes. Magda Reichardt war eine vorzügliche Tante Lieschen. Solch Mundwerk hat man selten je gehört. Wollte man alle lebenswerte Namen nennen, so müßten wir den Zettel abschreiben. Das Haus war gut besetzt und kam aus dem Lachen selten heraus. Schneider Wibbel wird als eine Art Heimatstück sicher viele Aufführungen im Hansatheater erleben.

Die Kollausseuche unter dem Schweinebestande des Gärtners Joh. Eggert hier, Moisklinger Allee 63, ist erloschen.

Die Maul- und Klauenseuche. In Kl. Siems, Heils-hoop und Schorster Hecken ist der Ausbruch der Maul- und Klauenseuche amtlich festgestellt worden.

pb. Festgenommen wurde ein Klempnergeselle aus Kottow, welcher von dem Grob-, Amtsgericht in Güstrow zwecks Verbüßung einer Gefängnisstrafe flechtbrieflich gesucht wurde.

pb. Wem gehört die Uhr? Eingeliefert und bisher nicht wieder abgefordert wurde hier eine silberne Herren-Remontuhr mit weißer Metallfette. Die Uhr befindet sich in einer Kapsel von weißem Metall. Es liegt die Vermutung nahe, daß die Uhr irgendwo gestohlen ist. Der Eigentümer der Uhr wird ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

Hansatheater. Man schreibt uns: Sonnabend wird die Komödie „Schneider Wibbel“ wiederholt, die am Donnerstag einen so glänzenden Verlauf genommen und einen durchschlagenden Heteriteiterfolg errang. Die Neueinstudierung von der allbeliebtesten Operette „Filzgauber“ erweckt allgemeines Interesse und wird am Sonntag ihre bewährte Anziehungskraft wieder beweisen. Im vorigen Sommer konnte die Operette hier 18mal gegeben werden. Die Neueinstudierung geschieht mit der größten Sorgfalt, um die Vor-zellung so glänzend wie nur irgend möglich zu gestalten. Dienstag findet eine Wiederholung von „Raub der Sabinen-tinnen“ mit Direktor Albert als Striese statt.

Stadthallen-Sommertheater. Man schreibt uns: Der großen Nachfrage wegen findet Sonntag die letzte Sonntags-vorstellung des erfolgreichen Possenspiels „Langostieber“ statt. Gelegentlich der 100. Aufführung im Berliner Wall-hallen-Theater schreibt eine Berliner Zeitung: „Im Wallhalla-Theater ging Hugo Firschs schnell populär gewordene Posse „Langostieber“ zum 100. Male in Szene und wurde noch immer mit ungeschwächtem Beifall überschüttet. Die präde-lenden Melodien und hübsche Komik, sowie ein sonniger, lebens-freher Humor, der über dem Ganzen schwebt, machen den großen Erfolg dieser Posse verständlich. Besonders gefiel wieder das Mondlied usw. Montag wird das reizende Lustspiel „Der Beifangereiser“ wiederholt.“

Schlutup. Die Sprechstunde des Arbeiter-ekretariates findet morgen — Sonnabend — von 6 bis 7 1/2 Uhr nachmittags im Lokale des Herrn S a b o r o w s k i, „Gasthof zur Linde“, statt.

w. Mölln. Schöffengericht. Billige Schuhe wollte sich die Ehefrau R. verschaffen, als sie bei einem Schuhwarenhändler ein Paar Schuhe kaufte und ein Paar Schuhe zur Ansicht für ihren Mann mitnahm. Sie gab hierbei dem Händler einen falschen Namen an und machte sich dadurch des Betruges schuldig. Nun werden die Schuhe um 5 Mark Geldstrafe oder 1 Tag Gefängnis teurer. — Der Landmann B. aus Hornbeck hat eine Strafverurteilung über drei Mark erhalten, weil er an einem Sonntage an einer Brandwehrübung nicht teilgenommen hat. Er hat gerichtliche Entscheidung beantragt und hebt das Ge-richt den Strafbefehl auf, weil der Brandmeister ihm die in der Polizeiverordnung vom 12. 2. 1906 vorgeschriebene schriftliche Mitteilung nicht gemacht hat, daß er Mitglied der Brandwehre ist. — Von der Anklage wegen Betruges wird der Hotelier S. von hier freigesprochen. S. war in Geld-klemme und unterschrieb einen Wechsel und verpfändete als Sicherheit für ein Darlehen ein schon veräußertes Piano. Die Verpfändung war jedoch rechtsungültig, weil sie erst rechtskräftig werden sollte, wenn der Wechsel nicht rechtzeitig eingelöst, mithin an eine Bedingung geknüpft war und das Pfandobjekt von dem Gläubiger nicht in Besitz genommen war. — Der Tischler B. aus Sterley besaß sich in Geldverlegenheit und holte dem Hüner Humpel in Sterley aus dessen Wäckerlate 3 Schinken und eine Schulter, fuhr damit nach Wittenberge und verfilberte dort die Schinken. Wegen dieses Diebstahls erhält er fünf Tage Gefängnis. — Die Privatklage des Gärtners B. gegen den Zimmermann R. endet mit einem Vergleich, nach welchem jeder der beiden Täter die dem andern zugefügte Beleidigung zurücknimmt; die Gerichts-kosten werden geteilt. Die persönlichen Kosten trägt jeder selbst. Dies Resultat wäre auch ohne Hilfe von Rechts-anwältin und Gericht und vor allem billiger erreichbar ge-wesen.

Hamburg. Eine entsetzliche Ehe tragödie hat sich in der Nacht zum Donnerstag in einer Wohnung der Terrasse Angerstraße 111 abgespielt. Im zweiten Stock des Hauses F der Terrasse wohnt das Ehepaar Gebhardt, das erst seit dem 31. März d. J. verheiratet ist. G. ist am 6. Februar 1889 zu Heiligen geboren und Friseurgehilfe von Beruf. Seine Frau, eine geborene Kästel, ist am 2. November 1890 zu Mübelaub geboren. Der junge Ehemann war schon drei Jahre bei dem Barbier Wilhelm Schmidt, Reismühle 1, in Stellung. In der Nacht zum Donnerstag hörten andere Haus-bewohner einen dumpfen Knall, der sich so anhörte, als ob ein schweres Mobiliarstück umgefallen sei. Gleich darauf war alles ruhig. Erst am Donnerstag morgen, kurz vor 9 Uhr, sah man Rauch aus der Gebhardt'schen Wohnung dringen und alarmierte die Feuerwehr. Die Feuerwehrleute drangen in die Wohnung und fanden dort das Bett in Flammen. Auf dem Bett lagen die beiden Ehegatten als Leichen. Im Bett fand man einen abgeschossenen Revolver, vor dem Bett ein Glas mit Gift. Das Feuer wurde schnell erloscht und dann die Polizeibehörde benachrichtigt. Man stellte fest, daß Gebhardt seine Frau durch einen Schuß in die linke Schläfe getötet und sich dann selbst vergiftet hat. Was ihn zu der entsetzlichen Tat veranlaßt, wird wohl niemals aufgeklärt werden können. Die beiden Leichen kamen in die Anatomie des Hafentrankenhauses.

Neumünster. Kindesmord. Auf dem bei Neumünster belegenen Gute Krusenhof wurde von Mäutern, die einen tiefen Brunnen in Stand setzen wollten, die Leiche eines kleinen Kindes gefunden. Sie hat etwa acht Wochen im Wasser gelegen und war mit einem Ziegelstein beschwert. Wenn das Kind gehört, ließ sich noch nicht feststellen, da der bisherige Besitzer Schulte mit dem gesamten Personal den Hof am 1. Juli verlassen hat.

Riel. Militärische Gerechtigkeit. Im November 1913 war eines Abends auf dem Küstenort Stösch im Rielser Königshafen ein kleiner Aufruhr entstanden, der für vier Matrosenartilleristen schwere Folgen haben sollte. Sie wurden wegen militärischen Aufruhrs verurteilt und zwar einer zu 3 Jahren 4 Monaten, einer zu 2 Jahren 9 Monaten und zwei zu je 2 Jahren 8 Monaten Gefängnis. Das Oberkriegsgericht der Division hat auf die erfolgte Berufung allerdings das Urteil aufgehoben und das Delikt des militärischen Aufruhrs fallen lassen; aber immerhin die Angeklagten noch wegen Ungehorsam, Auf-reizungsverletzung und Beleidigung eines Vorgesetzten zu der hohen Strafe von je einem Jahr Gefängnis verurteilt. Dieser beleidigte Vorgesetzte, der 22jährige Bize-fenerwarter der Reserve v. Thomsen, der eine Reserveübung ableistete, ein Sohn des früheren Admirals v. Thomsen, war aber der Urheber des Dramas. Er hatte die Mannschaften des Forts durch Maßnahmen aufgebrächt, die den Charakter einer Disziplinarstrafe hatten und zu denen er, wie vor Ge-richt der Fortskommandant als Zeuge ausgesagt hatte, in keiner Weise berechtigt war. Schon einmal hatte v. Thomsen, so sagte damals auch der Kommandant aus, einen Matrosen beim Nachgeretzieren soweit gebracht, daß dieser sich hinreißen ließ, sich ungebührlich gegen seinen Vorgesetzten Thomsen zu benehmen und dafür bestraft wurde. Jetzt hat auch den schneidigen Soldatenerzieher, der im Zivilberuf Referendar ist, und der sicherlich eine Fierde preußischer Gerichte werden wird, die gerechte Strafe für seine Handlungsweise — Aufreizung zu militärischem Aufruhr müßte man's nennen — erreicht. Er wurde auf dem Disziplinarwege vom Bezirkskommando zu — 14 Tagen Stubenarrest verurteilt. — Es gibt eine mili-tärische Gerechtigkeit! — Das Strafergebn scheint über-haupt auf dem Fort Stösch nach allen Regeln der Kunst be-trieben zu werden. Wie der „Schleswig-Holsteinische Volks-zeitung“ von Augenzeugen mitgeteilt wird, mußte dieser Tage bei der großen Hitze eine Matrose strafgeretzieren und zwar so gründlich, daß er dabei ohnmächtig zusammenbrach und ins Revier geschafft werden mußte.

Schleswig. Der Bienenschwarm im Brief-fasten. Vor einigen Tagen hatte ein Bienenschwarm in einem hiesigen Briefkasten Wohnung genommen. Die Leerung des Briefkastens war unter diesen Umständen nicht ganz ein-fach. Da der Kasten mit einer Leerrungstasche von unten geleert wurde, fielen viele der Bienen in die Tasche hinein und stellten auf dem Postamt eine neue Schwierigkeit her.

Sonderburg. Das gastliche Preußen. Aus Kopen-hagen wird dem Berliner Lokalanzeiger gemeldet, daß drei junge Damen aus Kopenhagen, die in dem dänischen Ver-sammlungsbaue und Heim Sonderborghus in Sonder-burg Wohnung genommen hatten, Donnerstag morgen den polizeilichen Befehl erhalten hätten, das Versammlungsbaus unverzüglich zu verlassen, wenn sie vermeiden wollten, aus-gewiesen zu werden. Es wäre ihnen ferner mitgeteilt worden, daß dänische Touristen von jetzt ab in den nordwestlichen Kreisen sich höchstens 8 Tage aufhalten dürfen. Eine andere dänische Dame, eine Schwester der Wirtin des Versammlungs-gebäudes in Sonderburg, habe gleichfalls den Befehl erhal-ten, sich einen anderen Wohnort zu suchen, widrigenfalls sie ausgewiesen werden würde. Die rüchichtslosen Auswei-

lungen und Dänenverfolgungen werden in der Nordmar-nachgerade gemelngesährlich. Jeder ausländische Gast ist hier von der Gnade der Behörden abhängig. Unter solcher Unsicherheit der öffentlichen Verhältnisse muß die ganze Bevölke-rung leiden. Was würden die Dänenheger und das ihr ver-wandte Gesichter sagen, wenn Deutsche in Frankreich einer ähnlichen Behandlung ausgesetzt wären?!

Sülze. Schwere Verunfallt sind auf dem Ritter-gute Drehow fünf Schnitter und Schnitterinnen. Sie waren in der Scheune mit dem Verstauren von Heu beschäftigt. Plötzlich brach der Bodenbelag und die Schnitter stürzten mehr als vier Meter in die Tiefe. Der Vorknitter und eine Schnitterin erlitten so schwere Knochenbrüche, daß sie in die Greifswalder Klinik gebracht werden mußten.

Reubafow. Vom Bullen aufgespießt wurde auf dem Gutshofe Madfow bei Teschow ein Oberschweizer. Mit vieler Mühe nur konnte man den Mann von dem wütenden Tier befreien. Doch kam die Hilfe leider zu spät. Der Unglückliche war schon so schwer verwundet worden, daß er am gleichen Tage noch starb.

Bremen. Familiendramen. Nach einem ehelichen Zwist entfernte sich abends ein Anwohner der Fabrikstraße aus dem Hause mit der Bemerkung, er wolle seinem Leben durch Erhängen ein Ende machen. Seine Frau, in dem Glauben, ihr Mann nehme es mit der Drohung ernst, nahm darauf Lyol zu sich. Der Mann hatte sich inzwischen eines Besseren besonnen und kehrte mit friedlichen Absichten nachts zurück. Als er im Hause seine im Sterben liegende Frau vorfand, entfernte er sich. Bald darauf fanden ihn Mitbewohner auf dem Boden des Hauses erhängt vor. Während es ge-lang, den Mann ins Leben zurückzurufen, starb seine Frau auf dem Wege ins Krankenhaus. — Die Frau eines Hand-werfers in der Zwillingstraße hatte eine befreundete Frau, die mit ihrem Mann in Streit lebte, bei sich aufgenommen. Als deren Mann seine Frau wiederholen wollte, wurde er abgewiesen. In der sich hierbei entwickelnden Schlägerei rita ch der von seiner Frau verlassene Ehemann den Mann der Frau, die der seinigen Unterkunft gewährt hatte; er wurde verhaftet. — Aufhebung des Bürgergeldes. Von dem sozialdemokratischen Mitglied Wellmann ist der Bürgergeld folgender Antrag zugegangen: Die Bürger-schaft beschließt, die Bürgergeld-Gebühr von 16,50 Mk. aufzuheben. Sie ersucht den Senat, diesem Beschluß zuzu-stimmen.

Bremen. Schiffsjungfreuden. Wegen Körper-verletzung hatte sich der Leichnamatrose B u j a n n y vor der Strafkammer II des Landgerichts zu Bremen zu verantworten. Der Angeklagte war im Jahre 1911 Leichnamatrose auf dem Bremer Segelschiff „Ne reide“, das sich von Juni bis Oktober auf der Reise von Hamburg nach Chanaral in Chile befand. Während der ganzen Reise sind die auf dem Schiffe bediensteten Schiffsjungfreuden von der Schiffsmanufaktur roh mißhandelt worden. Der Kapitän soll die Mißhandlungen gebuldet haben. Die Beweisaufnahme ergibt, hat der Angeklagte B. zusammen mit einem Matrosen den Schiffsjungfreuden Schlegel zu mindestens fünf Malen mißhandelt, und zwar in der Weise, daß der eine den E. schickte und der andere ihn mit einem Holzstock oder Tauende auf das entblöhte Gesicht schlug. B. bestrittet, den E. in der geschilderten Weise mißhandelt zu haben. Er gibt an, er habe mit E. Streit gehabt und sie hätten sich dann gegenseitig geschlagen. — Am 7. Oktober 1911, als das Schiff im Hafen von Chanaral lag, hat der Angeklagte B. zusammen mit dem Segelmacher den auf dem Schiffe bediensteten Koch Mi sch-le w i s mißhandelt. Der Koch hatte für die Mannschaft Fische zubereitet, die aber wegen ihrer unappetitlichen Zus-berereitung nicht zu essen waren. Einige Leute der Mannschaft warfen dem Koch deshalb die Fische vor die Füße. Der Segel-macher jagte den Koch dann an der Brust und drückte ihn rüch-lings nieder. Der Angeklagte B. packte den Koch auch an, hielt ihn in dieser Lage fest und verjete ihm Schläge mit den Fäusten. Das Gericht verurteilte den Ange-klagten wegen Körperverletzung in sechs Fällen zu einer Ge-jamtsstrafe von zwei Monaten Gefängnis, unter Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft. — Im Juli 1911 ist der Schiffsjunge E., als er auf dem Ausgud stand, von Leuten der Besatzung der „Ne reide“ über-fallen worden. Ihm sind die Augen mit einem Saß zugehalten und er ist mit Tauenden, Stöcken, Fußtritten und Fäusten derartig bearbeitet worden, daß er bejinnungslos an Deck liegen blieb. Die Verhandlung, so lesen wir in der „Meerzeitung“, hat jedoch keinen Beweis dafür erbracht, daß der Angeklagte B. sich an dieser Mißhandlung des E. beteiligt hat. Er wird deshalb von diesem Anklagepunkt freige-sprochen.

Bremen. Eine Arbeitslosigkeit gibt es in Bremen überhaupt nicht und wer nur arbeiten will, findet immer gut bezahlte Beschäftigung, so sagte in seinem Plädoyer der Staatsanwalt Dr. Schilling. Was sagen die Arbeiter dazu? Der Angeklagte, ein 19-jähriger Maler-gehilfe Sch., war natürlich einer anderen Ansicht als der Herr Staatsanwalt. Doch die Herren Schilling glaubten ihm nicht und verurteilten ihn wegen Diebstahlsversuchs zu 6 Wochen Gefängnis. Sch. hatte versucht, ein Fahrrad zu stehlen, er wurde dabei gefaßt und vor dem Schöffengericht deshalb zur Verantwortung gezogen. Er behauptete, nur unter dem Zwange der Verhältnisse in bitterster Not auf den Gedanken gekommen zu sein, das Rad zu stehlen, um sich von dem Erlös Lebensmittel zu kaufen. Ein paar Tage hätte er schon nichts zu essen gehabt. Hungernd sei er schon tagelang herumge-laufen, um irgend eine Arbeit zu finden. Es war gerade die Woche vor Pfingsten. Er wurde überall abgewiesen mit dem Bemerkten, nach den Feiertagen mal wieder anzufragen; nicht einmal als Gelegenheitsarbeiter konnte er Verdienst finden, und da hätte er den Kopf verloren. Nur einmal satt essen wollte er sich wieder. An die Folgen habe er gar nicht gedacht, als er versuchte, das Rad mitzunehmen, um es dann zu verkaufen. Meinend hat er, ihm seine unüberlegte Tat zu verzeihen. Ohne die Angaben des bis jetzt noch unbefragten Angeklagten zu prüfen, schloß sich das Gericht der Ansicht des Staatsanwalts an, daß wer wirklich arbeiten will, auch Arbeit findet, und verurteilte den Angeklagten zu einer Ge-fängnisstrafe von 6 Wochen.

Butter-Motierungen

b. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein	Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes
D a u b u r g, 8. Juli.	
1. Klasse 686 Drittel zu 122,32 Mk. im Durchschnitt.	
2. „ 58 „ 116,63 Mk. „	

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: F. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volks-“

Quartals-Verkauf

Freitag und Sonnabend

Soweit Vorrat

sind spottbillig zum Verkauf gestellt:

5461

Goldgelbe kanarische **Bananen** 5 Stück **15** ¢

Damen-Konfektion

- Wasch-Kleider aus elsässer Levantine **4⁹⁵**
 Regulärer Preis bis 8.50 Sensationell billig
- Wasch-Kostüme weiß und farbig **7⁵⁰**
 Regulärer Preis bis 21.00 Sensationell billig
- Sommer-Jacketts bastfarbig **4⁵⁰**
 Regulärer Preis 9.75 Sensationell billig
- Blaue Kammgarn-Kostüme modernster Machart **14⁷⁵**
 Regulär bis 29.00 Sensationell billig 17⁵⁰
- Kostüm-Röcke mod. Fassons, engl. gemustert und schwarz-weiß kariert **1⁹⁵**
 Regulär bis 3.75 Sensationell billig 2⁹⁵

EIN POSTEN
WEISSE BLUSEN 5⁹⁵ 3⁴⁵ 1⁷⁵
 in Bastist und Voile
 halstfrei und geschlossen . . .
 Regulär bis 10.50

Herren-Konfektion

- 3 Serien Herren-Anzüge**
 moderne Stoffe, neueste Fassons
- Serie I **16⁵⁰** Serie II **19⁵⁰** Serie III **24⁵⁰**
 Regulär bis 23.00 Regulär bis 33.00 Regulär bis 38.00
- Herren-Hosen**
 moderne Streifen — tadellos sitzend
- Serie I **1⁹⁵** Serie II **2⁹⁵** Serie III **3⁷⁵**
 Regulär bis 3.25 Regulär bis 4.50 Regulär bis 5.25
- Herren-Sommer-Joppen**
 aus Waschstoff und leichtem Loden
 Besonders billig 3.50 2.25 1.75 **1⁴⁵**

Schuhwaren

- weit unter regul. Preisen
- Damen**
- Braune Halbsehuhe** Chevreau mit Lackkappe, zum Schnüren **6²⁵**
 Regulärer Preis 7.25 Besonders billig
- Braune Halbsehuhe** Boxkalf, Derby, zum Schnüren und Knöpfen **8⁵⁰**
 Regulärer Preis 11.50 Besonders billig
- Braune Schnürstiefel** Boxkalf, Derbyschnitt **9⁵⁰**
 Regulärer Preis 13.75 Besonders billig
- Damen-Schnürstiefel** Rotchevreau mit Lackkappe **5⁷⁵**
 Sensationell billig
- Schwarze Knopf-Halbsehuhe** Chevreau mit Wildledereinsatz **6⁷⁵**
 Regulärer Preis 9.75 Besonders billig
- Herren**
- Rindbox-Schnürstiefel** amerikanische Form im Derbyschnitt **6⁷⁵**
 Regulärer Preis 7.75 Besonders billig
- Chevreau-Halbsehuhe** Derbyschnitt mit Lackkappe **8⁵⁰**
 Regulärer Preis 9.75 Besonders billig
- Braune Schnürstiefel** Boxkalf, elegante, amerikanische Form **9⁵⁰**
 Regulärer Preis 12.75 Besonders billig
- Kinder-Schnürstiefel** Rindbox, Größe 31-33 Durchweg **3⁹⁵**

Damen-Sommer-Mäntel

aus Alpaka, Popelin und Covert-Coat
7⁵⁰ 9⁷⁵ 11⁵⁰

Eleganter
Trikot-Unterrock **2⁴⁵**
 mit hohem plissiert. Satin-Volant
 Regulär 4.50 Sensationell billig

Herren-Gummi-Mäntel

bestbewährte Fabrikate
17⁵⁰ 19⁰⁰ 21⁰⁰

Große Gelegenheits-Posten

Frotté-Stoffe **75** ¢
 in großer Farbauswahl . Mtr.

Ramagierte

Plisse-Stoffe **65** ¢
 in modernen Farben . . Meter

Zephir-Stoffe **1¹⁵**
 für Oberhemden und Sport-Blusen Regulär 1.30 Meter

Garten-Decken

Krepp- und Leinenlond, mit mehrfarbigen Drucken nach Darmstädter Motiven
 Garantiert waschecht
1⁹⁵ 2⁵⁰ 3⁹⁰
 Regulär bis 6.00.

Für die

Einmache-Zeit

Einmache-Gläser

Inh. 1/2 L. 1/2 L. 3/4 L. 1 L. 2 L. 3 L.
 Preis **6 ¢ 8 ¢ 10 ¢ 12 ¢ 22 ¢ 30 ¢**

Einkoch-Gläser

komplett mit Deckel, Gummiring und Metallbügel
 Inh. 1/2 L. 3/4 L. 1 L. 1 1/2 L. 2 L.
 Preis **35 ¢ 42 ¢ 48 ¢ 55 ¢ 65 ¢**

Gelee-Gläser **8 ¢ 10 ¢ 12 ¢**
 konisch u. gebaucht

Einkoch-Apparate „Monopol“, komplett m. Thermometer, Einsatz u. 6 Klammern **9²⁵**

Steintöpfe

braun glasiert, in allen Größen
12 ¢ 16 ¢ 28 ¢ 45 ¢ 65 ¢ bis 2²⁵

Pergament-Papier mit Salizyl imprägniert Rolle **20 ¢**

Große Ladungen Lebensmittel

- Neue Schabekartoffeln Pfd. **10 ¢**
 Jg. Erbsen . . Pfd. **12 ¢** Jg. Wurzeln 8 Bd. **10 ¢**
 Kopfsalat . 3 Kopf **10 ¢** Salat-Gurken **15 ¢**
 Spitzkohl . . Kopf **12 ¢** Kohlrabi . Bund **10 ¢**
 Blumenkohl . Kopf **25 ¢** Tomaten . . Pfd. **30 ¢**
 Radieschen . 3 Bd. **10 ¢** Jg. Zwiebeln 2 Bd. **9 ¢**
 Süße Kirschen Pfd. **25 ¢** Stachelbeeren **20 ¢**
 Pflaumen . . Pfd. **30 ¢** Himbeeren Pfd. **35 ¢**
 Australische Tafeläpfel Pfd. **50 ¢ 40 ¢**

Junge Brat-Hähne

Stück **1²⁰**

- Braunschweiger Blutwurst Pfd. **70 ¢**
 Preßkopf . . Pfd. **80 ¢** Saure Sülze Pfd. **80 ¢**
 Hamburger gekochte Mettwurst . Pfd. **90 ¢**
 Hildesheimer Leberwurst Pfd. **90 ¢**
 Thüringer Rotwurst Pfd. **1.00**
 Sardellen-Leberwurst Pfd. **1.00**
 Gothaer Mettwurst Pfd. **1.20**
- la. Land-Mettwurst
 grob und fein Pfd. **1.40 1.30 1.20**
- la. Preetzer Zervelatwurst Pfd. **1.40**
- Speck geräuchert, mager . Pfd. **75 ¢** fett . Pfd. **65 ¢**

la. Holst. Landschinken

in Stücken von 2, 3 u. 4 Pfd. . . . Pfd. **1²⁵**

Frisches Fleisch

- la. kern. Schweinefleisch Pfd. **60 ¢**
- Bratenstücke** Pfd. **70 ¢**
Karbonade Pfd. **90 ¢**
Schweinehack Pfd. **70 ¢**
Schweineleber Pfd. **90 ¢**
Pfomen Pfd. **60 ¢**
- la. kernfettes Rindfleisch Pfd. **60 ¢**
- Schmorbraten** Pfd. **80 ¢**
Roastbeef Pfd. **90 ¢**
Rollfleisch Pfd. **1.00 M**
Beefsteak Pfd. **1.20 M**
Rinderhack Pfd. **80 ¢**

- la. junges Kalbfleisch Pfd. **70 ¢**
 Bratenstücke Pfd. **80 ¢** Keule Pfd. **90 ¢**
- la. Mast-Kalbfleisch Pfd. **90 ¢**
 Keule Pfd. **1.00 M** Rücken Pfd. **1.00 M**

Unsere Spezial-Marken

Tafel-Margarine vollkommener Ersatz für feine Tafelbutter
 Ausgew. Pfd. **95 75 65 ¢** in Paketen **75 68** **60 ¢**

- la. Tilsiter Käse Pfd. **70 ¢ 60 ¢ 50 ¢**
 Holländer Käse Pfd. **1.00 M**
 Edamer Käse Pfd. **1.00 M**
 Schweizer Käse Pfd. **1.10 M**
 Roquefort Pfd. **1.80 M** Gorgonzola Pfd. **1.40 M**
 Limburger Käse Pfd. **50 ¢**
- la. Harzerkäse **10** Stück **20 ¢**
 Kiste 100 Stück **1.30 M**

Im Erfrischungsraum: **Eis** Portion . . **20 ¢** mit Schlagsahne . . **20 ¢**
 Baisers . . **20 ¢** -Torte m. Schlagsahne **25 ¢**
 Schokolade **25 ¢** -Bowle Glas **20 ¢**

Holstenhaus Lübeck

G. m. b. H.

Unternehmerterrorismus ist erlaubt.

Boykott des Arbeitswilligen wird streng bestraft.

Das Recht ein Lump zu sein und seine Arbeitsgenossen im Kampfe um Lohn und Brot zu verraten, wird ganz neuerdings Arbeitsfreiheit genannt. Die Reichsregierung will ihre Denkschrift zum Schutze der Arbeitgeber ebenfalls mit diesem schönen Worte schmücken. Darob natürlich Jubel in allen reaktionären Lagern, will man doch die Sache ohne allzuviel Aufsehen auf dem Verordnungswege und durch gründliche Auslegung der reichsgesetzlichen Bestimmungen erledigen. Man braucht dann kein besonderes Gesetz zu machen, bei dem im besonderen das Zentrum in Gewissensnöte käme.

Konstruieren wir einmal die „Rechtslage“: Auf dem Verordnungswege, durch Polizeiverordnungen, die dem Kammergericht keine Handhabe mehr geben, sie für ungültig zu erklären, soll der Schutz der Arbeitswilligen, das heißt im besonderen das Streikpostenverbot durchgeführt werden.

Auf Grund von Reichsgerichtsentscheidungen gilt die Bezeichnung Streikbrecher als ehrverlezend, und Ehrverletzungen, die erfolgen um eine Person zu veranlassen, sich an Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen zu beteiligen“ können nach dem Paragraphen 153 der Gewerbeordnung mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft werden.

Das Reichsgericht hat entschieden, daß eine Verurteilung — die wieder im Sinne des Paragraphen 153 der Gewerbeordnung mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft werden kann — schon in der Erklärung zu erblicken ist, daß jemand mit einem anderen Arbeiter nicht mehr zusammen arbeiten will.

Mit diesen Auslegungen hofft man durchzukommen. Betrachten wir nun einmal die andere Seite der Sache: (wir folgen dem praktischen Fall und einem Entscheid des Reichsgerichts vom 7. Juli 1914):

Eine Gastwirtskonvention boykottiert einen Großdestillateur, wobei zu beachten ist, daß dieser der ihn boykottierenden Unternehmerorganisation gar nicht angehört. Die Gastwirtskonvention hat für ihre Mitglieder eine Reihe bestimmter Bedingungen, unter anderem Minimalpreis für Bier festgesetzt. Der Außenseiter hat sich um diese Bedingungen nicht gekümmert, sofort wird ganz konsequent über ihn die Sperre verhängt. Der Destillateur klagt, weil er in seinem Geschäft greifbar deutlich geschädigt wird.

Das Reichsgericht entscheidet, daß die von Gewerbetreibenden über einen Berufsgenossen verhängte (Lieferanten- oder Abnehmer-) Sperre nur dann gegen die guten Sitten verstößt, also unzulässig ist, wenn die Existenzgrundlage des Betroffenen bedroht ist, und sein wirtschaftlicher Ruin durch die Sperre herbeigeführt wird! Die durch die Sperre verursachte Schädigung müsse im allgemeinen der Betroffene eben tragen!

Nach den Entscheidungen des höchsten deutschen Gerichtshofes ist also der Boykott, die Verurteilung, ein wirtschaftliches Kampfmittel, das unzulässig und unerlaubt, also zu bestrafen ist, wenn es von Unternehmerorganisationen benutzt wird.

In dem einen Fall sieht das Reichsgericht die ethische Berechtigung der Unternehmerorganisation, ihre für alle geschaffenen Verdienstabmachungen gegen den Nichteinwilligen energisch zu verteidigen, durchaus ein.

Kommen Arbeitervereinigungen, dann wird das, was eben noch sittlich war, sofort unsittlich und verworfen und muß durch die Justiz gerächt werden. Und alles geschieht nur zum Schutze der „Arbeitsfreiheit“.

12. Verbandstag der Fabrikarbeiter.

Stuttgart, 8. Juli.

Der Verbandstag nahm heute den

Bericht vom Gewerkschaftskongress

entgegen. Mit diesem Punkt wurde die Behandlung der Grenzstreitigkeiten verbunden. Der Referent Rowalitz-Breslau ließ die Verhandlungen und Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses Revue passieren und besprach besonders eingehend das beschlossene Regulativ für das Zusammenwirken der Gewerkschaften Deutschlands. So gut wie der Kongress auch sonst gearbeitet hat, von der Arbeit bei diesem Teil müssen wir sagen, sie gefallt uns nicht. (Sehr richtig!) Am wichtigsten ist für uns der zweite Teil des Regulativs über die Grenzstreitigkeiten. Da wurde unser Antrag, daß in den für uns zuständigen Betrieben die gelernten Arbeiter sich uns anzuschließen haben, abgelehnt. Damit schuf man zweierlei Recht. (Lebh. Zustimmung.) Es ist uns noch nie eingefallen, dort, wo die Berufsorganisation die Interessen der gelernten Arbeiter besser vertreten kann, diese für uns zu verlangen. Die Entwicklung darf aber nicht durch Beschlüsse aufgehalten, es muß ihr freier Lauf gelassen werden. — Die neuen Bestimmungen sehen die Einsetzung von Schiedsgerichten bei Grenzstreitigkeiten vor. Früher waren die Vorstände gegen Schiedsgerichte. Wir erklärten uns gegen die Zwangsschiedsgerichte; wir sind der Ansicht, daß durch sie der Teil, der sich dem ihm zugefügten Unrecht nicht fügen will, zum Nachgeben gezwungen werden soll. Bei der Abstimmung wurden alle unsere Anträge, die der Betriebsorganisation den Weg öffnen sollten, abgelehnt. Wir gaben daraufhin unsere bekannte Erklärung ab, in der wir die Verantwortung für alle Folgen der Beschlüsse ablehnen. Diese Erklärung ist als Drohung aufgefaßt worden; als ob mit ihr gemeint sei, daß wir aus der Generalkommission austreten wollten. Eine derartige Freude wollen wir unseren Gegnern nicht machen, daß wir uns in der gegenwärtigen kritischen Zeit zerstreuen. Einen Austritt beabsichtigen wir also mit unserer Erklärung nicht. Sie soll aber auch kein leerer Protest sein (Lebh. Zustimmung), sondern eine Warnung an die übrigen Organisationen, insbesondere an die oberen Instanzen der Gewerkschaftsbewegung, daß man den Bogen nicht allzu straff spannen soll. (Sehr richtig!) Eine Warnung für diese Organisationen, die glauben, nun über uns herfallen zu können. Wir haben diesen Organisationen gegenüber schon genug nachgegeben. (Stürmische Zurufe: Viel zu viel!) Unser Vorstand war hier oft zu nachgebend. Die kleinen Organisationen können ja zu uns kommen, sich mit uns verschmelzen. (Sehr richtig!) Eine große Organisation kann die Interessen der Arbeiter besser vertreten als eine kleine. — Ich glaube, daß Sie unsere Erklärung billigen. (Lebh. Zustimmung.) Wir waren gezwungen, gleich auf dem Kongresse zu sagen, daß wir diese Beschlüsse nicht durchführen können. Wir lassen uns nicht langsam abmurksen und durch Schiedsgerichte strangulieren. (Stürm. Beifall.)

In der Diskussion bewegten sich die Ausführungen der Delegierten in demselben Rahmen wie die des Referenten. Mit den allgemeinen Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses erklärten sich die Delegierten einverstanden. Sie übten aber gleich dem Referenten sehr scharfe Kritik an den Beschlüssen zum Regulativ.

Schneider-Erfurt bezeichneter das Regulativ als eine Leg-Fabrikarbeiter. Die Generalkommission hätte schon längst gegen das Treiben der Porzellaner gegen den Fabrikarbeiterverband einschreiten müssen.

Winkler-Mainz wies darauf hin, daß die Fabrikarbeiter zuerst die ungelerten Arbeiter organisiert haben. Der Gewerkschaftskongress habe zweierlei Recht geschaffen,

eins für die gelernten und eins für die ungelerten Arbeiter. Die abgegebene Erklärung sei noch zu zahm.

Steg-Flensburg: Die Beschlüsse des Kongresses sind gegen die Interessen der Allgemeinheit. Der Fabrikarbeiterverband hat die Pionierarbeit geleistet, später kamen dann die übrigen Organisationen mit ihren Ansprüchen.

Richter-Dresden: Wir können uns die Vergewaltigung nicht so ohne weiteres gefallen lassen, müssen aber doch in der Defensive bleiben. Das Regulativ ist dazu geeignet, den Fabrikarbeiterverband dem Galgen zu überliefern. Die ungelerten Arbeiter wurden früher von den Organisationen der gelernten Berufe nicht nur nicht aufgenommen, sondern sogar als Bleigewicht bezeichnet. Die Porzellanarbeiter sagten noch vor fünf Jahren, sie könnten die Defensiv nicht aufnehmen. Wir müssen uns ganz entschieden gegen den Beschluß auf Einsetzung von Zwangsschiedsgerichten wenden, der nicht nur für uns, sondern auch für andere Organisationen schwere Nachteile haben wird. Wir wollen keine Loslösung, setzt man uns aber die Pistole auf die Brust, dann kann es uns gleich sein, wohin die Kugel geht. Dann tragen die anderen die Verantwortung. (Lebh. Beifall.)

Funk-Köln glaubt, daß die Fabrikarbeiter bei einem Schiedsgericht keine unparteiischen Richter finden würden. Es sei angebracht, daß der Verband endlich aus seiner Reserve herausgehe.

Neuring-Dresden begründete folgende von ihm eingebrachte Resolution:

„Der Verbandstag billigt ausdrücklich das Verhalten der Delegierten des Verbandes auf dem Gewerkschaftskongress zu München, vor allem auch die von ihnen zu den Beschlüssen über die Erledigung der Grenzstreitigkeiten abgegebene Erklärung. Von weitergehenden Beschlüssen der Verbandstages zurzeit ab, jedoch beauftragt er den Verbandsvorstand, sobald ihn die Durchführung der Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses vor wichtige Entscheidungen stellt, sämtliche Gauleiter, den Ausschuß und mindestens 30 Mitglieder zur Beratung und Beschlussfassung zuzuziehen.“

In der weiteren Debatte kritisierten die Redner auch, daß dem Vorschlag der Fabrikarbeiter auf Erweiterung der Generalkommission nicht stattgegeben worden ist. Daß dem Fabrikarbeiterverband ein Sitz in der Generalkommission verweigert worden sei, zeige, daß eine Aufteilung des Fabrikarbeiterverbandes geplant sei. Die Redner berührten ferner den Abschluß von Kartellverträgen und die Verschmelzungsfrage.

Der Vertreter der Generalkommission, Karl Legien, wies die Angriffe gegen die Generalkommission in längerer Rede zurück. Er sagte, er habe noch nie einer Generalversammlung beigewohnt, in der eine solche feindliche Haltung gegen einzelne Organisationen eingenommen worden sei. (Große Unruhe.) Die einzelnen Ausführungen hätten den Eindruck gemacht, als ob man sich zum Kampfe gegen eine feindliche Organisation richte. Man muß in Ruhe prüfen, wie man die Differenzen beseitigen kann, die eine Gefahr für die Gesamtbewegung bilden. Deshalb mußte in München reiner Wein eingekauft werden. Wir haben jetzt erkannt, wie groß die Gefahr ist, wenn wir nicht neben und für einander arbeiten. Es wird behauptet, es sei in München mit zweierlei Maß gemessen worden; es wurde bemängelt, daß die Fabrikarbeiter keine Vertretung in der Generalkommission erhielten. Die Generalkommission ist keine Vertretung einzelner Organisationen, sondern aller Gewerkschaften und dem Gewerkschaftskongress verantwortlich. Es ist auch nicht richtig, daß der Gewerkschaftskongress sich von Animosität gegen die Fabrikarbeiter hat leiten lassen. Diese kann höchstens gegen einzelne Funktionäre bestehen, die in das Gebiet anderer einbrechen. In dem Berufsverband müssen wir für absehbare Zeit noch festhalten. Ich glaube, würden wir die Betriebsorganisation einführen, würden Sie schlechter fahren. Sie würden mit einer Reihe anderer Gewerkschaften kollidieren. Wir müssen neben- und mit einander arbeiten. Sie wenden sich gegen Schiedsgerichte. Wie sollen aber die Differenzen ausgeglichen werden? Machen Sie doch einen besseren Vorschlag. Er wird sicher akzeptiert. (Zuruf: Ver-

In schlimmen Händen.

Roman von Erich Schlaikjer.

(7 Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

„Alter Kavallerist,“ sagte Dagmar und setzte sich auf Arels Schoß. Sie zauste ihn an beiden Ohren. Ha, das war schön! „Kuß!“ Arel küßte sie.

„Ist es vorbei?“

„Ja.“ Arel lächelte.

„Ist es auch ganz vorbei? Ober muß ich Dich noch länger an den Ohren halten?“

„Es ist vorbei.“

„Na, siehst Du.“ Sie sprang mit einem Satz herunter und zog sich an.

Arel war nicht wenig erstaunt, als er an Deck kam. Er sah sich eine Weile prüfend um.

„Mein Gott, Peter, wir sind ja viel zu weit hinausgekommen.“

„So.“

„Ich sagte Ihnen doch, daß wir die Höhe des Hotels haben sollten.“

„Di habe ich gehabt; aber ein anderer Kurs wurde mir nicht angegeben.“

Arel lächelte. Peter lehnte bei schönem Wetter so leicht nicht an.

„Gehen Sie über und fahren Sie mit Seitenwind zum Hotel hinein.“

„All right.“

Der Hofhund geriet in fieberhafte Tätigkeit. Er paßte auf, als wenn es das Leben gälte. Einen Augenblick später lag die „Möwe“ im neuen Kurse. Mit dem frischen Seitenwind ging es in schneller Fahrt auf die Küste los.

Aus der Kajüte kam Dagmar mit einem Tablett hinauf. Der würzige Kaffee dampfte und ein gehäufter Teller mit Napfchen stand verlockend daneben.

Arel setzte sich selbst ans Steuer und Peter machte es sich mit den neuen Herrlichkeiten bequem. Der Kuchen schmeckte ihm ganz vortrefflich. Es war ein schönes Leben an Bord.

Dagmar stellte sich vor den Hofhund hin und bot ihm lächelnd das Tablett.

„Ja... ich... ich...“ Er wich ganz erschrocken zurück.

„Nehmen Sie nur!“ rief Arel zu ihm herüber.

Er nahm zaghaft ein kleines Stück. Dagmar legte ihm noch zwei große auf den Teller, dann setzte sie sich wieder bei Arel hin.

Peter und der Hofhund schmausten mit vollen Backen. Arel und Dagmar aber tauschten ein stilles Lächeln.

„Ist es nicht hübsch?“ fragte Arel, als das Hotel von der Küste herübergrühte.

Es lag so gebietend auf der Höhe.

„Herrlich!“ sagte Dagmar und sah mit glänzenden Augen hinüber. Sie liebte das Hotel.

Die „Möwe“ lag an der neuen Landungsbrücke, die zum Hotel hinführte. Peter und der Hofhund holten die Segel ein. Arel und Dagmar schritten die Brücke entlang.

Als sie oben angekommen waren, holte Dagmar Atem. Der Weg zur Höhe hatte es „in sich“.

„Wir werden viel Wagenverkehr bekommen,“ meinte Arel.

„Es wird ältere Leute geben, die den Aufstieg von der Küste scheuen und lieber den Landweg wählen. Die Wagenpartie ist sehr schön. Die Höhe durften wir unter keinen Umständen preisgeben. Der Ausblick muß die Fremden ja entflammen.“

Eine blaue Niesenfläche lag unten ausgebreitet. Man sah weit bis an das offene Meer hinaus. Die ganze Bucht dehnte sich unter ihnen.

„An der Kieler Bucht ist es nicht so schön,“ sagte Dagmar.

„Nicht halb. Die Pracht hätte nie entdeckt werden sollen. Aber die Herren in Hamburg wollten es ja.“

„Nun, es sind auch andere Finger im Spiele gewesen. Kleine unnütze Finger.“

Arel trat zurück und ließ Dagmar zuerst in das Haus hineingehen.

In der nächsten Stunde war er nur Geschäftsmann, leidenschaftlicher Geschäftsmann. Es gab im Hause keinen Winkel, mit dem seine Gedanken sich nicht beschäftigt hätten. Dagmar hatte den Bau mit ihrem Manne zwar oft besucht, aber als er noch im Werden begriffen war. Sie sah ihn zum erstenmal in dieser Vollendung. Sie durchwanderten das ganze Haus von oben bis unten. Arel zeigte ihr jedes Zimmer, jede Einrichtung, jede Arbeit, die in den einzelnen Zimmern geleistet war. Dagmar hörte begierig zu und machte ihre ersten Pläne. Sie hatte derartige Betriebe oft genug gesehen. Sie entwickelte sofort die Verwaltung im Grundriß und Arel war sehr zufrieden.

Schließlich zeigte er ihr sein eignes Zimmer. Den ersten Sommer wollte er im Hotel bleiben. Es sollte alles am Schnürchen gehen, es sollte ein musterhafter Betrieb werden, und wenn er selbst den Oberkellner spielen sollte.

Es war ein Schlafzimmer im Erdgeschoß, das unmittelbar an den Speisesaal stieß.

Günstig. Dagmar lächelte still. Es waren keine Nachbarn vorhanden. Nur der arroke leere Speisesaal.

„Wir wollen arbeiten wie die Pferde,“ schwor Arel, als sie den Berg hinuntergingen. Dagmar aber hing sich vergnügt und lächelnd an seinem Arm.

Peter war ungeduldig geworden, der Wind hatte beträchtlich nachgelassen. Windstille wäre kein Spaß gewesen. Er atmete auf, als er endlich kommen sah, und begann sofort die Segel zu setzen. Als Arel und Dagmar an Bord kamen, konnte augenblicklich abgestoßen werden.

Die „Möwe“ hatte nun den Wind im Rücken und glitt pfeilschnell dem Städtchen zu. Es wurde still an Bord. Arel und Dagmar waren von der Seelust müde, sie sprachen nicht viel. Der Hofhund überlegte, was er bei der Landung zu tun haben würde, und Peter sah in den Wind. Es war unglücklich, daß die „Möwe“ mit diesem Winde so schnell vorwärtskommen konnte.

Das Städtchen kam immer näher. Die Häuser waren klar erkennbar. Bald sah man auf der Schiffsbrücke die einzelnen Menschen stehen und gehen.

Arel und Dagmar standen auf, um die Beine ein wenig in Übung zu bringen. Peter hatte das Großsegel eingezogen und fuhr mit den Vordersegeln in den kleinen Bootshafen hinein. Arel wollte am Bollwerk landen; er hatte keine Lust, noch einmal in die Zolle zu klettern.

Am Vordersteven stand der Hofhund in starker Spannung. Er sollte den Stoß abnehmen. Es war etwas Entsetzliches, wenn die „Möwe“ eine Schramme bekam, das wußte er noch von früheren Fahrten her. Die „Möwe“ bekam auch keine. Sie schmiegte sich sanft und hingebend an das Bollwerk.

Arel und Dagmar gingen nach dem Pferdemarkt, der Hofhund wurde entlassen und Peter blieb im Schiffe zurück. „Es muß kein Vergnügen sein, mit diesem Christenfenster zu segeln,“ meinte der Wirt vom Pavillon.

„Sagen Sie das nicht. Er hat zwei Dinge, die sich sehen lassen können.“

„Wirklich?“

„Ja. Er tut, was man ihm sagt, und hält das Maul.“

„Das ist viel wert.“

„Das ist an Bord alles,“ sagte Peter mit großer Bestimmtheit. Er fühlte sich ganz als Vorgesetzter. . . .

Asmus freute sich, daß die Fahrt so schön verliefen war. Dagmar strahlte ja förmlich und fuhr gleich mit der schäftiger Lebhaftigkeit durch die Zimmer.

„Herr Salvojen wird mit uns essen, aber schnell muß sein. Wir haben Hunger.“

Die Mädchen flogen die Treppe hinauf und hinunter. In der alten Wohnstube wurde in aller Eile gedeckt. In der Küche begann es zu braten und zu prasseln. Dagmar verstand keinen Spaß, wenn sie einmal eine Lösung aus dem Leben hatte. (Fortsetzung folgt.)

(Schmelzung.) Künstliche Organisationsgebilde kann man nicht schaffen. Den Grundlag müssen Sie aufgeben, daß Sie die gelehrten Arbeiter aufnehmen können. Sollte es zu einer Einigung nicht kommen, dann haben Sie die Verantwortung zu tragen. Sie stellen sich, wenn Sie die Beschlüsse des Kongresses nicht respektieren, außerhalb des Rahmens unserer Organisation. Die Beschlüsse von München gelten für alle Organisationen, die der Generalkommission angeschlossen sind. Wenn die Situation ergibt, daß ein Schiedsgericht eingesetzt werden muß, dann müssen Sie sich dem fügen. Sie müssen versuchen, unter den neuen Bestimmungen weiter zu arbeiten. Verbandsvorsitzender B. v. erwiderte in längeren Ausführungen auf die Rede Regiens. Das Mißtrauen gegen die anderen Gewerkschaften ist leider nur zu berechtigt. Gewiß müssen die Gewerkschaften zusammenhalten, man muß aber auch die Grundlagen hierfür so lassen, daß man zusammenarbeiten kann. (Sehr richtig!) Die Rechte der Minderheit müssen gewahrt werden. Uns wird das gleiche Recht nicht eingeräumt wie anderen Organisationen. Wir billigen das Eindringen in fremdes Agitationsgebiet nicht. Es muß aber auch beachtet werden, daß andere Organisationen auf unsere Kosten ihr Agitationsgebiet erweitert haben. Unsere Absicht ist, in Reich und Glied zu bleiben. Sagen die anderen Organisationen, mit uns auf gemeinsamem Boden zu arbeiten, dann sind Befürchtungen nicht zu erwarten. (Lebh. Beifall.) Die Debatte wurde hierauf geschlossen. Die Resolutionierung fand einstimmige Annahme. Ferner wurde beschlossen, daß vor dem Abschluß von Kartellverträgen den Zahlstellen und Betrieben, die an dem Kartellvertrag interessiert sind, Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wird. Die Verhandlungen wurden dann vertagt.

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnbewegung der Bergarbeiter im Ruhrrevier. Die Arbeiter des Mächener Kohlenreviers (Ruhrrevier) sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Es handelt sich um die Abwehr bedeutender Lohnreduzierungen, die in den letzten Monaten erfolgt sind. Trotz der günstigen Lage des Bergbaus im Mächener Kohlenrevier bleiben hier die Löhne erheblich hinter denen des Ruhrreviers zurück. Es betrug der Durchschnittslohn pro Schicht im 1. Quartal 1914 für sämtliche Arbeiter: Im Ruhrrevier 5,25 Mk., im Mächenerrevier 4,88 Mk. Für Hauer und Lehrhauer: im Ruhrrevier 6,25, im Mächenerrevier 5,57 Mk. Der sonstigen unterirdischen und in Tagesbau beschäftigten Arbeiter im Ruhrrevier 4,51 Mk., im Mächenerrevier 4,37 Mk. Der Tagesarbeiter: im Ruhrrevier 4,34 Mk., im Mächenerrevier 4,10 Mk. Trotzdem die Schichtzeit der unterirdischen Arbeiter im Mächener Kohlenrevier über 1 Stunde länger ist als im Ruhrrevier, ist der Lohn pro Schicht bedeutend geringer. Dazu setzte nach dem 1. Quartal 1914 eine scharfe Lohnkürzung ein. Gegenwärtig beträgt der Lohn pro Monat für viele Arbeiter 10 bis 15 Mark, teilweise sogar bis über 20 Mark weniger als in den Monaten des ersten Quartals, trotzdem bedeutend größere Ansprüche an die Arbeitskraft des Einzelnen gestellt werden. Dabei zeigt jede Lohnperiode einen fortgesetzten Rückgang der Löhne. Dieser Situation Rechnung tragend, haben die unterzeichneten Organisationen sich zu einer gemeinsamen Aktion zur Abwehr der Lohnkürzungen geeinigt. Die Unterzeichneten richten deshalb an alle Arbeiter die dringende Bitte, Zugang nach dem Ruhrrevier fernzuhalten. Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter Deutschlands, Politische Berufsvereinigung der Bergarbeiter, Gewerkschaft der Bergarbeiter (S.-D.).

Aus der Partei.

Der 15. pommersche Parteitag tagte in der Zeit vom 5. bis 7. Juli in Straßund. Vom Parteivorstand war Genosse Jiez-Berlin und vom Bezirksvorstand Mecklenburg Genosse Kröger-Roskoß anwesend. Der Geschäftsbericht erstreckt sich über die Tätigkeit von zwei Jahren. Die Zahl der Parteimitglieder hat sich in dieser Zeit nur um 667 vermehrt; die Zahl der Ortsvereine ist sogar um 96 auf 91 zurückgegangen. Im allgemeinen herrschte eine starke Mitgliederfluktuation. Einen recht erheblichen Mitgliederverlust brachte der verunglückte Werftarbeiterstreik. Die sozialistische Gemeindevorstände haben sich um 8 vermehrt. Die Partei hat jetzt in 26 Orten 77 Vertreter. In Barth, einer Stadt von 7000 Einwohnern, sind nur den 750 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern 650 Mitglieder der Partei. Die Beiträge der Wahlkreisorganisationen haben eine Zunahme von durchschnittlich 11,03 Prozent erfahren. Das Parteigeschäft hat sich recht gut entwickelt. Leider ist in dem Abonnementstand des „Volksboten“ gegenüber 1912 ein Rückgang eingetreten. Gen. Kunze, der Referent über den Punkt „Presse“, wandte sich gegen die Absicht der Genossen, in Vorpommern ein eigenes Parteiorgan zu gründen, da das nicht lebensfähig sei. Es sollen Verhandlungen für einen glücklichen Ausweg angebahnt werden. Die Genossen Jiez-Berlin sprach über „die proletarische Frauenbewegung“. Ueber „Wirtschaftspolitik und Agrarpolitik“ hielt Reichsagsabg. Boatherr einen Vortrag. Seine Ausführungen trugen mit dazu bei, daß der pommersche Parteitag das Verhalten der Fraktion bei Schluß des Reichstags durchaus billigte.

Schweizer außerordentlicher Parteitag. Die schweizerische Sozialdemokratie wird am 15. und 16. August in Bern tagen, um in einer Linie zum Jahreskongress, das parlamentarisch durchgeführten ist und das im Herbst Geheiß wird, wenn nicht dreißigtausend Bürger das Referendum verlangen, Stellung zu nehmen. Sollte die Sozialdemokratie über eine andere mächtige Gruppe das Referendum ergreifen, so ist das Schicksal des parlamentarischen Kompromisses in der Volksabstimmung besiegelt. Der Entschluß des Parteitags ist noch ungewiß, die leitenden Parteifunktionäre sind gegen Ergreifen des Referendums. Der Parteitag wird auch programmatisch Stellung nehmen zur Erneuerungswahl des Nationalrats im Herbst und zur ebenfalls im Herbst stattfindenden Volksabstimmung über den eidgenössischen Proporz. — Weiter wird sich der Parteitag mit dem Internationalen Kongress in Wien und mit der Schaffung eines Parteisekretariats an der Stelle des jetzigen Gemeinchaftssekretariats mit dem schweizerischen Gewerkschaftsverband beschäftigen.

„Sozialistische“ Agrarpolitik?

Auf dem unlängst in Wiesbaden festgefundenen sozialistischen Kongress wandte sich der Professor Dr. Dade (bekannt als kaiserlicher Reichstagsabgeordneter für den mecklenburgischen Wahlkreis Ludwigslust, wo er in der Vergangenheit durch rote Flugblätter um die sozialdemokratischen Kreise beliebt) gegen Behauptungen, die er als sozialistische und sozialistische bezeichnete. Dade führte in seinen jetzt veröffentlichten Vorträgen aus: „Mögen und Kommunisten mögen den landwirtschaftlichen Kulturarbeitern einfach unter die Bevölkerung nach der Zahl der Familien teilen. In Deutschland gibt es etwa 24 Millionen Familienhaushaltungen und 2 Millionen Hektar landwirtschaftliche Kulturfläche. Bei einer Verteilung derselben würde jede Familie nur nicht ganz 2 1/2 Hektar land erhalten, müßte eine Fläche, die zur Ernährung einer Familie nicht ausreicht. Andere Agrarideologen haben sogar die Berechnung aufgestellt, daß man die bäuerliche Bevölkerung in Deutschland durch eine anderweitige Besitzverteilung nach Belieben vermehren könne. Man brauche ja nur für einen bäuerlichen Betrieb 1 Hektar rechnen, so hätte man, wie mit einem Zauberschlag, 22 Millionen bäuerliche Familien in Deutschland. Rechnet man 5 Hektar für den bäuerlichen Betrieb, so könne Deutschland mit Leichtigkeit 6 1/2 Millionen bäuerliche Betriebe haben, während wir heute nur etwa die Hälfte besitzen. Der Bauernstand ließe sich also mit Leichtigkeit verdoppeln! Bei derartigen sozialistischen Schlagwörtern wird übersehen, daß die durchschnittliche Größe für einen landwirtschaftlichen Betrieb, der eine Familie ernähren kann, zirka 8 bis 10 Hektar in Deutschland beträgt und daß mit Rücksicht auf den technischen Fortschritt und aus sozialen und politischen Gründen eine Mischung von Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben das Ziel einer gesunden Agrarpolitik bilden muß.“ Wo der Professor Dade wohl die Sozialisten entdeckt haben mag, die angeblich den landwirtschaftlichen Boden an die einzelnen Familien verteilen wollen? Kautsky schreibt zwar in seinen Erläuterungen zum Erfurter sozialdemokratischen Programm: „Für die Kleinbetriebe wird wohl auch nach dem Siege des Proletariats das Privateigentum an den Produktionsmitteln fortzuhalten — von einer Konfiskation der kleinen Bauerngüter und Handwerksstellen phantasierer bloß unsere Gegner.“ Das heißt doch aber ganz gewiß nicht, daß eine Verteilung des Grund und Bodens an die einzelnen Familien das Ziel der Sozialdemokratie ist. Und gerade Kautsky schreibt ja auch weiter: „Die arbeitenden Klassen haben alle Ursache, sobald die Staatsgewalt ihnen gehört, die Ausdehnung der Staatswirtschaft möglichst zu beschleunigen; sie befehlen dadurch die Trennung der Arbeiter von den Produktionsmitteln, welche die Ursache ihrer Ausbeutung ist. Sie machen dadurch die Arbeiter wieder zu Besitzern der Produktionsmittel. Allerdings wird nicht der einzelne Arbeiter Besitzer seiner besonderen Produktionsmittel. Die gesamte Arbeiterklasse wird Besitzerin ihrer gesamten Produktionsmittel, die sie in der Form von staatlichen und daneben noch kommunalen und auch genossenschaftlichen Betrieben ausbeutet.“ Der Agrarprofessor Dade hat sich also nur eine Vogel-scheuche zurecht gemacht, um dann gegen sie kämpfen zu können.

die Berechnung aufgestellt, daß man die bäuerliche Bevölkerung in Deutschland durch eine anderweitige Besitzverteilung nach Belieben vermehren könne. Man brauche ja nur für einen bäuerlichen Betrieb 1 Hektar rechnen, so hätte man, wie mit einem Zauberschlag, 22 Millionen bäuerliche Familien in Deutschland. Rechnet man 5 Hektar für den bäuerlichen Betrieb, so könne Deutschland mit Leichtigkeit 6 1/2 Millionen bäuerliche Betriebe haben, während wir heute nur etwa die Hälfte besitzen. Der Bauernstand ließe sich also mit Leichtigkeit verdoppeln! Bei derartigen sozialistischen Schlagwörtern wird übersehen, daß die durchschnittliche Größe für einen landwirtschaftlichen Betrieb, der eine Familie ernähren kann, zirka 8 bis 10 Hektar in Deutschland beträgt und daß mit Rücksicht auf den technischen Fortschritt und aus sozialen und politischen Gründen eine Mischung von Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben das Ziel einer gesunden Agrarpolitik bilden muß.“

Wo der Professor Dade wohl die Sozialisten entdeckt haben mag, die angeblich den landwirtschaftlichen Boden an die einzelnen Familien verteilen wollen? Kautsky schreibt zwar in seinen Erläuterungen zum Erfurter sozialdemokratischen Programm:

„Für die Kleinbetriebe wird wohl auch nach dem Siege des Proletariats das Privateigentum an den Produktionsmitteln fortzuhalten — von einer Konfiskation der kleinen Bauerngüter und Handwerksstellen phantasierer bloß unsere Gegner.“

Das heißt doch aber ganz gewiß nicht, daß eine Verteilung des Grund und Bodens an die einzelnen Familien das Ziel der Sozialdemokratie ist. Und gerade Kautsky schreibt ja auch weiter:

„Die arbeitenden Klassen haben alle Ursache, sobald die Staatsgewalt ihnen gehört, die Ausdehnung der Staatswirtschaft möglichst zu beschleunigen; sie befehlen dadurch die Trennung der Arbeiter von den Produktionsmitteln, welche die Ursache ihrer Ausbeutung ist. Sie machen dadurch die Arbeiter wieder zu Besitzern der Produktionsmittel. Allerdings wird nicht der einzelne Arbeiter Besitzer seiner besonderen Produktionsmittel. Die gesamte Arbeiterklasse wird Besitzerin ihrer gesamten Produktionsmittel, die sie in der Form von staatlichen und daneben noch kommunalen und auch genossenschaftlichen Betrieben ausbeutet.“

Der Agrarprofessor Dade hat sich also nur eine Vogel-scheuche zurecht gemacht, um dann gegen sie kämpfen zu können.

Das Ignorierende Scharfmacherblatt.

Der Schleifstein des Scharfmachers Freiherrn v. Reismik, die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“, befindet sich in der Klemme. Das Unternehmertum läßt sich diese Scharfmacherei gegen die Arbeiter zwar gern gefallen, aber sie ist ihm doch anheimelnd nicht so viel wert, daß es sich dafür in besondere Aufkosten stürzen möchte. Nun können aber die fleißigen Schleifsteindecker im Dienste der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse auch nicht von der Luft leben; im Gegenteil, sie stellen meist sehr hohe Ansprüche! Um nun den Schleifstein richtig im Betriebe zu erhalten, geht man zu den Männern mit den zugewandtesten Taschen schenken. Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“, Zentralorgan der deutschen Arbeitgeberverbände, offizielles Publikationsorgan von einigen 60 zentralen und lokalen Unternehmerorganisationen, die auf dem Briefkopf namentlich aufgeführt sind, versandte an eine Reihe deutscher Unternehmer folgenden Bittbrief: „Berlin S. 42; Oranienstr. 140—142, den 22. 6. 1914. Chef-Bureau!

Herrn Gestift auf die anliegenden Ausführungen der „B. d. D. A.“ richten wir an Sie die ergebene Bitte, in Ihrem Etat auch einen Posten für die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ vorzusehen. Sie kämpfen seit mehr als 12 Jahren durchaus uneigennützig ausschließlich für die Interessen der deutschen Unternehmer. Die innerhalb dieses Zeitraumes erfolgte Organisation der „D. A.-Z.“ ist in der Hauptsache der Vorarbeit der „D. A.-Z.“ zuzuschreiben, die in Millionen Auflagen an alle Arbeitgeberkreise Deutschlands verbreitet wurde.

Bisher hat der Verlag die großen Propaganda-Aufkosten getragen, unterstützt durch eine Anzahl deutscher Industriefirmen, welche in Anerkennung der Bedeutung der „D. A.-Ztg.“ dieser schon seit längerer Zeit Inseratenaufträge regelmäßig zuweisen.

Wir glauben nun annehmen zu dürfen, daß auch Sie das Bedürfnis der weiteren möglichst lückenlosen Organisation der deutschen Arbeitgeber anerkennen. Deshalb wiederholen wir unser ergb. Ersuchen, Ihre Sympathie dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß Sie der „D. A.-Ztg.“ Ihre Inserationsaufträge zuweisen. Die große Verbreitung des Blattes in allen jenen Kreisen, die Sie zu Ihren Interessenten zählen, gibt Ihnen volle Gewähr für eine angemessene Gegenleistung.

Unser heutiges Schreiben adressieren wir an das „Chef-Bureau“ und bitten um diskrete Behandlung der Angelegenheit.

Hochachtungsvoll

Die Deutsche Arbeitgeberzeitung.

P. S. Es dürfte Ihnen noch nicht bekannt sein, daß auch die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände als Gesellschafterin finanziell an der „D. A.-Ztg.“ beteiligt ist.

Die „anliegenden Ausführungen der B. d. D. A.“ (das ist die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände), auf die sich der vorliegende Bittbrief „stützt“, sind einem Rundschreiben der genannten Vereinigung an ihre Mitglieder vom 5. Februar 1914 entnommen und lauten: „Wir bitten, den Verbandsfirmen dringend ans Herz zu legen, daß sie ihre Annoncen der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ zur Veröffentlichung übergeben. Zu dem wünschenswerten Zwecke, den das Inserieren in der „Deutschen Arbeitgeber-Ztg.“ bei der Mammigkeitsleistung des Bezahlers der Zeitung und ihrer hohen Auflage für die inserierenden Firmen bietet, kommt noch der weitere, nicht hoch genug zu veranschlagende Vorteil, daß mit dem aus dem Anzeigenerlös erzielten Gewinn der gemeinsamen Sache der deutschen Arbeitgeber gedient wird. Also auch aus diesem sozialpolitischen Gesichtspunkte heraus empfehlen wir auf das dringendste, die Deutsche Arbeitgeberzeitung bei der Begebung der Annoncen in erster Linie ins Auge zu fassen.“

Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Der Bittbrief und die ihm beigelegte Empfehlung sprechen für sich selbst. Es ist außerordentlich bezeichnend, daß das Scharfmacherblatt, das sich rühmt, in Millionenauflagen (?) an alle Arbeitgeberkreise Deutschlands verbreitet zu werden, durch derartige weh- und demütigende Bittbriefe um eine geneigte Unterstüßung ergehen! Ignorieren muß. Jedenfalls steht also seine scharfmacherische Wirksamkeit nicht so hoch im Ansehen, um die Unternehmer zu veranlassen, dem Scharfmacher eine Hand wäscht die andere!“ aus freien Stücken Rechnung zu tragen.

Soziales.

Beilegung des Herzstreits in Niederbarnim. Am Mittwoch in später Abendstunden ist es gelungen, den Streit der Herzte in Regio Niederbarnim zu beenden. Die Verhand-

lungen fanden im Konferenzsaal des Oberverversicherungsamtes für Groß-Berlin statt. Das Ergebnis der Verhandlungen ist in folgenden Sätzen niedergelegt: 1. Der Landrat des Kreises Niederbarnim als Vorsitzender des Versicherungsamtes ist nach wie vor bereit, alles zu tun, um die Wahl des Vertragsausschusses zu beschleunigen. Er erklärt als Vorsitzender der Kasse, binnen längstens einer Woche nach Bildung des Vertragsausschusses Vorschläge für den Vertrag vorlegen zu wollen. 2. Er ist bereit, an Stelle der bisher gezahlten 80 000 Mark für das Vierteljahr vom 1. Juli bis 30. September 1914 die Summe von 100 000 Mark am 1. Oktober 1914 zu zahlen. 3. Er verpflichtet sich, während des Provisoriums bis zur Beschlußfassung des Vertragsausschusses oder Schiedsamtes mit einzelnen Ärzten keine Verhandlungen zu führen. — Durch dieses Resultat ermächtigt, wollen nun auch die Herzte im Bezirk Oberbarnim in gleicher Weise vorgehen und eventuell am kommenden Sonnabend die Behandlung der Kassenpatienten einstellen.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Kajerendama. Ein Unteroffizier B. vom 10. Grenadier-Regiment in Schweidnitz (Schlesien) hatte einen Grenadier nicht nur mit dem rohesten Worten beschimpft, sondern auch wiederholt in das Gesicht geschlagen. Der so behandelte Grenadier desertierte und beging auf der Flucht Diebstahl, wobei er festgenommen und zu seinem Truppenteil zurückgeführt wurde. Wegen Mißfallsdiebstahls, er war schon vor seiner Militärzeit wegen Diebstahls verurteilt, und wegen Fahnenflucht verurteilte ihn das Kriegsgericht zu zwei Jahren und drei Monaten Gefängnis. Seine Fahnenflucht führte er auf die vor-schriftswidrige Behandlung durch den Unteroffizier zurück. Der Unteroffizier, der daraufhin angeklagt wurde, erhielt sechs Monate Gefängnis und wurde degradiert. Jetzt hat das Oberkriegsgericht die Strafe für den Soldatenpeiniger noch um zwei Monate ermäßigt.

Die halbherzige Anklage wegen Hochverrats. Am Donnerstag hatte sich vor dem vereinigten 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig der Kunstmalers Johann Jakob Wally aus Kolmar, bekannt unter dem Pseudonym „Hans“, zu verantworten. Wally wurde zur Last gelegt, durch sein Buch „Mon village“ die Gendarmen Esch-Lothringens und die in deutschen Seminaren ausgebildeten Lehrer an den öffentlichen Elementarschulen Esch-Lothringens beleidigt zu haben. Das Landgericht Kolmar erklärte sich aber in dieser Sache für unzuständig und verwies sie an das Reichsgericht, weil nach Ansicht dieses Gerichts der Angeklagte durch sein Buch eine ein hochverräterisches Unternehmen, nämlich die gewalttätige Lokalisierung Esch-Lothringens vom Bundesgebiet, vorbereitende Handlung begangen habe. — Der Verteidiger wies am Donnerstag vor dem Reichsgericht zunächst darauf hin, daß der Ueberweisungsbefehl des Kolmarer Landgerichts sehr mangelhaft sei, da in ihm nicht gesagt werde, worin die den Hochverrat vorbereitende Handlung des Angeklagten bestehe. Dies gab der Ober-Reichsanwalt auch zu; es müsse deshalb dem Reichsgericht überlassen bleiben, festzustellen, worin im einzelnen die hochverräterische Handlung zu sehen ist. — Der Präsident erklärte, er sei durch den Beschluß des Landgerichts Kolmar auch überrascht worden, und es wäre ihm lieber gewesen, wenn das Landgericht Kolmar dem Reichsgericht angegeben hätte, worin es im einzelnen die Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens erblickt. Er könne aber nichts weiter tun, als dem Angeklagten die Paragraphen vorzulesen, gegen die er sich vergangen haben soll. — Hierauf wurde das Buch des Angeklagten vorgelesen und überseht. Der Ober-Reichsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von einem Jahr sechs Monaten. Er ließ die Anklage wegen Hochverrats fallen, da hierfür kein starker Beweis erbracht worden sei, verlangte aber die Verurteilung wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten einzelner Bevölkerungsklassen gegen einander und wegen Beleidigung der Gendarmen und Lehrer. Das Urteil lautete auf ein Jahr Gefängnis. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, das Buch hätte namentlich in der gespannten Situation der letzten Zeit zwischen den beiden Nachbarvölkern sehr leicht zu Gewalttätigkeiten führen können. Der Angeklagte müsse also wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten und wegen Beleidigung verurteilt werden. Sofort nach der Verhandlung ließ der Ober-Reichsanwalt den Angeklagten verhaften.

Von Polizisten verprügelt und obendrein bestraft. Es war die alte Geschichte, die in einer Schöffengerichtsverhandlung in Pärmen (Westfalen) aufgerollt wurde. Angeklagt war der Bergmann Gustav Witte aus Hohlbedde. Am 2. Osterfeiertag abends kam er mit einigen Bekannten von einer Festlichkeit zurück. Die Leute unterhielten sich laut; Schuhmann Linschermann gebot ihnen Ruhe. Der Schuhmann behauptete (was W. und seine Freunde aber entschieden bestritten), von W. durch eine drastische Aufforderung beleidigt worden zu sein. Jedenfalls wurde W. verhaftet. Seine Begleiter gingen weiter, aber nach zwei Minuten hörten sie den Verhafteten um Hilfe rufen. Sie eilten zurück und fanden ihn am Boden liegend vor. Zwei Polizisten und ein Gendarm standen dabei; sie taten aber, als ob sie von der Sache nichts wußten und gingen ihrer Wege. Lieben also den Verhafteten im Stich. Seine Freunde mußten den Schwerverletzten ins Krankenhaus bringen, wo er längere Zeit verblieb. Nach heute ist der Mann in ärztlicher Behandlung. Linschermann bekundete, daß der Polizist Rüdiger ihm habe zu Hilfe kommen müssen, weil W. (ein schwächlicher Mann!) sich an seinen Mantel geklammert habe. R. habe den W. auch mit dem Säbel niedergeschlagen. Der Polizist Rüdiger bestritt unter Eid den W. gekannt zu haben; dabei hat er ein Jahr lang mit ihm in einem Hause gewohnt. Zwei Zeugen bestritten die Beleidigung der Beamten durch W. Ein Zeuge beidete, daß W. gleich gesagt habe, daß er nichts getan hätte, worauf Linschermann sagte: „Seien Sie ruhig, sonst haue ich Ihnen eine runter.“ Weitere Entlastungszeugen für den Angeklagten hatte das Gericht nicht geladen. Der Amtsanwalt erklärte einfach, daß den Aussagen der Schutzleute mehr geglaubt werden müsse als den anderen Zeugen. Die Schutzleute müßten geschügt werden. Dieser Ansicht schloß sich das Gericht auch an, es verurteilte W. zu insgesamt 50 Mark Geldstrafe. Dabei hat der Oberstaatsanwalt auf Beschwerde ein Verfahren gegen Linschermann und Rüdiger herbeigeführt. Trotzdem verurteilte das Gericht den Mann, von dem sein Verteidiger sagte, er sei wie ein toter Hund niedergeschlagen worden. — Die alte Geschichte. Und doch meinte kürzlich ein Berliner Amtsgerichtsrat, als die alte Geschichte ein paar Pittergutsbesitzern und Referendarien passierte: so etwas sei ihm in seiner dreißigjährigen Praxis noch nicht passiert.

Aus der Jugendbewegung.

Zum Kampf gegen die Arbeiterjugend. Die Württembergische Regierung hat die Beschwerde der Arbeiterjugend-Organisation Stuttgart gegen ihre Zwangsauflösung durch die Kreisregierung Ludwigsburg zurückgewiesen. Auch die Regierung ist der Ansicht, daß die Arbeiterjugend-Organ-

...faktoren politischer Charakter tragen. Die Schließung sämtlicher übrigen Arbeiterjugend-Organisationen Württembergs sei bereits beschlossen worden, die Ausführung des Beschlusses jedoch bis zur Erledigung des angerufenen Verwaltungsvorganges ausgesetzt.

Arbeiter-Jugend. Die beiden erschienenen Nr. 14 des letzten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Jeder seines Glückes Schmied? — Das Sympathiemittel. Ein Stücklein aus dem Arbeiterleben. Von Fritz Sanger. (Schluß.) — Etwas über die Arbeitskraft. Von Rudolf Wissell. — Werkblatt Nr. 1 über den Arbeiterschutz. Von E. Kirschbaum. — Von den Nieren. (Mit Abbildungen.) Von A. Lipschitz. — Die Berliner Jugendbewegung. Von R. Weimann. — Aus der Jugendbewegung. Die Gegner an der Arbeit. Vom Kriegshauptmann. Des Lehrlings Leidenschronik usw. — Beilage: Fische, die Geschichte einer Jugend. (Fortsetzung.) — Philosophie: Ethik. (Schluß.) Von Karl Schröder. — Gib mir die Hand. Gedicht von Max Barthel. — Die Lekten ihres Geschlechts. Von Kurt Bising. (Mit Abbildungen.) — Abhärtung. Von Karl Rautsky jr. — Schlechtes Wetter. Gedicht. — Der Polizeihund. Erzählung von Fr. Beutel. — Spielplatz der Dresdener Arbeiterjugend. (Bild.)

Aus Nah und Fern.

Bei den Anströmungsarbeiten auf dem Grund mit der eingestülzten Knorr-Bremsenfabrik in Lichtenberg-Berlin wurde noch eine Leiche geborgen. Die Zahl der Todesopfer erhöht sich damit auf fünf.

6 600 Meter hoch! Gestern morgen um 3 Uhr 15 Minuten flog in Johannisthal der Rumpfler-Pilot Linnefogel auf einem Rumpfler-Eindecker auf, um einen Angriff auf den Höhenwetterford zu unternehmen. Linnefogel erreichte eine Höhe von 6600 Metern. Den Höhenwetterford hatte bisher der vor einigen Tagen tödlich verunglückte Flieger Degagnaux mit 6100 Metern inne.

Einem interessanten Stadtbrief veröffentlicht die Staatsanwaltschaft Weichen in den Wärrern. Sie sucht den Jesuitenpater Johannes Ahmann aus Namslau, der sich verborgen hält, nachdem gegen ihn die Unterjuchenschaft wegen Majestätsbeleidigung in Opatowitz am 28. Mai verhängt worden ist. Als mutmaßlicher Aufenthaltsort werden die Vereinigten Staaten von Amerika genannt.

Katholische Sittlichkeit. Die katholischen Pfarrer Kölns haben an die Ausstellungsleitung des Erzbischofs gerichtet, die Malereien und Skulpturen zu entfernen, die sie für anstößig halten. Da die Ausstellungsleitung diesem Ersuchen nicht vollkommen entsprochen hat, haben nun die katholischen Vereine Kölns, die etwa 50 000 Mitglieder zählen, den Boykott über die Ausstellung verhängt wegen deren „anstößiger“ und „teilweise direkt gemeiner und beleidigender Bildwerke“. Die Darstellungen werden „schanlos“ genannt; sie seien zum Teil für jeden „ehrlichen Christenmenschen“ beleidigend. Jetzt werden wohl die weigermäßigsten katholischen Jungfrauen als Boykottposten vor der Ausstellung aufziehen. Dem geistigen Vater der Werkbundausstellung, dem Beigeordneten Kehr, wird es aber übel ergehen, denn die Vertreter der Arbeitervereine haben im Kölner Stadtparlament die Mehrheit.

Gesunkenes Schiff. Während des kürzlichen Sturmes im indisch-arabischen Meerbusen ist ein Eingeborenen-Schiff, das die Post von Whai an Bord hatte, im Golf von Cuta gesunken. Neun von den zehn Passagieren und ein Wächter der Post sind ertrunken. Dreizehn Postfässer gingen verloren.

Der Verkehr durch den Simplontunnel ist wieder aufgenommen worden. Die Züge müssen jedoch äußerst langsam den Tunnel durchfahren.

Furchtbare Gewitter mit Hagelstichlag sind über die ganze lombardische Tiefebene niedergegangen. Die Temperatur sank in wenigen Stunden bedeutend. Die Hagelkörner erreichten die Größe von Taubeneiern. Die Stadt Veltro ist teilweise überschwemmt. Nach dem Aufhören des Hagelstichs blieb die ganze Gegend einer Winterlandschaft.

Fliegerunglück. Auf dem Flugplatz in Casselt (Belgien) geriet ein Militärflugzeug gegen die Schuppen, wobei die Insassen Leutnant Hübner tödlich und Leutnant Post leicht verletzt wurden.

Die „Erbstift Combemale“. Das kleine Dörfchen Fraissinet in der Nähe von Montpellier in Frankreich befindet sich in größter Aufregung. Ist dort doch die Nachricht eingetroffen, daß ein Einwohner des Dorfes, der vor langen Jahren ausgewandert ist, in Amerika jetzt verstarb und seinen Anverwandten in Fraissinet das nette Sümmchen von 30 Millionen Dollar hinterlassen habe. Der Name des Millionärs ist Combemale, und damit fängt das Unglück an, denn fast die gesamte Bevölkerung des aus kaum 350 Seelen bestehenden Ortes führt diesen Namen und niemand weiß nun richtig, wer eigentlich der Erbe des Goldkessels ist. Alles ist in febrilster Tätigkeit, die Papiere aufzufinden, um sich als rechtmäßiger Erbe der hinterlassenen Millionen auszuweisen. Diese Beschäftigung nimmt die Bewohner Fraissinets

so stark in Anspruch, daß die Erntearbeit vollkommen ruht und die Bevölkerung zweifelsohne einer Hungersnot ausgesetzt sein wird, wenn sich der schöne Traum nicht verwirklichen sollte.

Das Ende einer Polar-Expedition. Es wird befürchtet, daß acht Mitglieder der arktischen Expedition von Stefanson, von denen man annahm, daß sie sich auf der Wrangel-Insel befinden, ums Leben gekommen sind. Der stellvertretende amerikanische Marineminister hat von dem Kapitän Bartlett des gesunkenen Dampfers „Kalu“ die Nachricht erhalten, daß zehn Tage nach dem Untergang der „Kalu“ zwei Expeditionen, bestehend aus acht Mann, aufgebroschen seien und daß man seitdem nichts mehr von ihnen gehört habe. Nach einem früheren Bericht hatte der Kapitän gemeldet, daß die Mannschaft der „Kalu“, die in der Nähe der Herald-Insel gesunken war, die Wrangelinsel an der sibirischen Küste erreicht habe, und daß sich alles wohl befinde. Unter den Vermissten befindet sich ein schottischer Arzt, der englische Ozeanograph Murray und der Pariser Anthropologe Henry Beuchat. Dem Kapitän Bartlett sind beide Fische erstoren.

Autounglück. Auf der Landstraße von Neuyork nach Long Island hat man die Leichen zweier bekannter Politiker, der Herren Bailey und Brooks, gefunden. Beide waren einflußreiche Parteigänger von Tammany Hall und genossen das besondere Vertrauen des Führers der Tammany-Hall-Partei, Murphy. Bailey und Brooks verunglückten bei einer Automobilsahrt. Der Wagen stürzte bei einer scharfen Kurve um. Beide Insassen wurden vom Motor erdrückt.

Wirtschaftliches.

Internationale Vereinigung der Schreibmaschinenfabrikanten. Februn schneidete ehemals die erste Frucht eines richtigen Schreibens aus. Aber die Zeiten kommen und vergehen schnell. Die Federstahl- und die Schreibwarenindustrie ist längst großartig geworden. Aktien-gesellschaften und Spezialunternehmen sind entstanden. Aber sie müßten die Schreibmaschinenproduktion rasch hinaus. Heute sind wir schon wieder so weit, daß die deutschen Fabriken der Schreibmaschinenindustrie sich kartellieren können. Vor erst hat er eben gegründete Verband der deutschen Schreibmaschinenfabrikanten die Absicht, die Engros- und Detailpreise und die Bezugsbedingungen allgemein festzulegen. Bekanntlich gibt der übliche Kartellterror mit Strafzinsen und Lieferungsbonfott davon nicht allzuweit entfernt. Die Amerikaner, die auf dem deutschen Schreibmaschinenmarkt eine große Rolle spielen, wollen auch mitmachen. Warum auch nicht, gibt es doch wieder etwas zu wuchern.

Die Luft wird kartelliert! Die Badische Anilin- und Sodafabrik Ludwigshafen besitzt das Haberliche Patent auf Gewinnung von Ammoniak aus der Luft. Ammoniak ist wichtiges landwirtschaftliches Düngemittel. Bisher beherrschte die Deutsche Ammoniakverkaufsgesellschaft, Wochum, der alle großen rheinisch-westfälischen Montanwerke ange-schlossen sind, den ganzen Westen Deutschlands. Die Oberschlesischen Kokswerke registrierten über den deutschen Osten, soweit er Ammoniak braucht. Als das Haberliche Verfahren funktioniert und die Herstellung des künstlichen Ammoniaks — der jetzt Nebenprodukt des Verkokungsprozesses ist — gelang, kam es zu einem gewaltigen Preiskampf. Jetzt ist aber alles in Ordnung. Man hat sich einfach kartelliert, dem „Luftammoniak“ ist ein bestimmtes Verkaufsgebiet zugeteilt worden ebenso wie die Verkaufsvereinigung und die Oberschlesischen Kokswerke ihr Teil von Deutschland neu erhalten haben. Der erste sichtbare Erfolg ist, daß in Deutschland und Österreich-Ungarn (das völlig zu den deutschen Kartellherren gerechnet werden muß), die Preise per 100 Kilogramm auf 24 und 25 Mark gedrückt werden konnten! In England kostet der gleiche Ammoniak zurzeit nur 19,50 Mk. Ammoniak ist, wie schon erwähnt, ein Nebenprodukt des Verkokungsprozesses. Rechnet man einmal den großen rheinisch-westfälischen Montanwerken nach, was sie allein aus diesem einen ihrer vielen Neben- und Abfallprodukte herausholen, dann werden die Gewinne dieser Aktien-gesellschaften erst richtig verständlich. Aus 100 Kilogramm Steinkohle gewinnt man bei der Verkokung etwa 1,2 Kilogramm Ammoniak. Das wären immer — an dem jetzigen Kartellpreise gemessen, 30 Mk. Geislerkirchen produzierte im Jahre 1912/13 81 000 Tonnen schwefelsaures Ammoniak, das ergibt einen Nebengewinn von 7,75 Millionen Mk.! Wenn hier auch eine oder gar zwei Millionen Mark für Propaganda und ähnliche Speien draufgehen, der Gewinn bleibt enorm. Wühnt produziert alljährlich 20 000 Tonnen Ammoniak, Deutsch-Lugemburg 24 600 Tonnen. Überdies wollten Vereinigung und Oberschlesischen Kokswerke erst den Badischen Anilin- und Sodafabriken das Recht, Ammoniak aus der Luft zu holen und zu verkaufen, nicht zugestehen. Ein kräftiger Preiskampf überzeugte sie aber davon, daß es doch klüger für den eigenen Geldbeutel sei, vereint die Konsumenten auszubuten. Seitdem ist die Luft, soweit sie Ammoniak hergibt, völlig kartelliert.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)
In der gestrigen Nummer der „Lübecker Volksboten“ bemängelt in einem Eingekandt ein Besucher Travemündes die Preise im Konversationshaus und auch die Bedeutung. Man könnte beinahe hierauf so drastisch antworten, wie ein Arbeiter es tat. „Watt deist he dor!“ Es ist das Publikum von vornherein darüber nicht im Zweifel gelassen worden, für wen der städtische Kurjaal gebaut werden sollte. Wenn sich nun ein armer Prolet oder ein Mittelkändler einmal dahin verirrt, so wird es ihm auf die bekräftete Weise noch einmal zum Verständnis gebracht. Wenn auch der ewige Reichstagskandidat für den roten Wahlkreis Lübeck bei der damaligen Beratung in der Bürgerchaft erklärte, das Konversationshaus käme in der Hauptsache den Minderbemittelten und dem Mittelstand zugute, so ist es noch lange nicht ernst zu nehmen, wie es auch damals nicht ernst genommen wurde. — In dem damaligen Kommissionsbericht stand u. a. zu lesen: „Andererseits ist es unvermeidlich, daß dem Publikum, daß keine Kurtagé zahlt, das Konversationshaus nicht durchweg überall zugänglich sein kann.“ Und Herr Dr. S. Götz, der damalige Wortführer, stieg von seinem Podium herab, setzte sich unter die einfachen Abgeordneten, um die Senatsvorlage mit bedekten oratorischen Ausführungen zur Annahme zu verheizen, erklärte zwar anfangs seiner Rede: Der Bau solle nicht nur die Zahl der fremden Kurgäste vermehren, sondern auch den Zugang der Passanten bewirken. In seinen weiteren Ausführungen aber führte er doch aus, daß dem Staat es in erster Linie daran liege, Fremde heranzuziehen. Und weiter: „... es muß mit dem Glanz und Schimmer eines großen modernen Badeortes umgeben werden. Wer einfacher und ruhiger wohnen will (d. h. billiger), wird die odenburgischen Badeorte bevorzugen.“ — Und der Spezialkommissar Herr Dr. Stoofs erklärte: „Herrn Burwid gegenüber möchte ich bemerken, daß für die von Lübeck nach Travemünde fahrenden Tagesgäste das Konversationshaus nicht eigentlich bestimmt ist. Bestimmt ist es in erster Linie für die Kurgäste. Daß auch die Lübecker Tagesgäste sein sehr willkommen sind, ist selbstverständlich. Aber der erste Zweck des Konversationshauses ist und bleibt doch der, den Kurgästen zu dienen. Aus allen diesen Neuerungen sieht der Einsender, daß er da eigentlich gar nicht hingehört, sondern nur geduldet wird. Doch die von dem Einsender besprochene Behandlung wird schon ganz von selbst dafür sorgen, daß im städtischen Kurjaal die oberen Zehntausend hübsch unter sich bleiben, wie es auch der eigentliche Zweck der Urheber dieses Palastes gewesen ist. Uns aber bleibt, wie bei vielen anderen städtischen Einrichtungen, nichts anderes übrig als zu zahlen. Und das wird nicht zu knapp werden. Uns kann es nur recht sein, wenn die Klagen-gegenstände in so krasser Weise der Bevölkerung gezeigt werden. Um so eher wird die Bevölkerung es einsehen, daß nur die Sozialdemokratie es ist, die die Interessen der Allgemeinheit würdig vertritt.“ G.

Literarisches.

„Die Lesze“ in neuem Gewande. „Die Lesze“, dieses von Theodor Ebel begründete, literarisch und künstlerisch auf so erfreulicher Höhe stehende billige Volksblatt, überreicht seine Bezahler und Freunde — und wer wollte sich nicht gern Freund der in der Lesze verkörperten Bestrebungen nennen — durch eine vollständige Neuausstattung, die als außerordentlich gelungen bezeichnet werden muß. In der Umrahmung des modernen und höchst geschmackvollen Umschlages, entworfen von Rudolf Grünwald, Hagen, erscheint fortan mit jeder Nummer ein wechselndes aktuelles Bild aus dem Interessenskreis der Lesze, diesmal, als Symbol, die bekannte ägyptische Statue: Der Leszer. Gleichzeitig ist der inhaltliche Teil außerordentlich erweitert, und es sollen künftig noch mehr als bisher alle Fragen in den Kreis der Betrachtung gezogen werden, die auf wissenschaftlichem, technischem, literarischem und künstlerischem Gebiete die Allgemeinheit interessieren. Neben dem bewährtesten Herausgeber Theodor Ebel, der es so feinsinnig versteht, allen auf geistigem Gebiete interessierten Volksschichten einen packenden und gewinnbringenden Unterhaltungsstoff darzubieten, sind als Miterausgeber in die Redaktion der Lesze eingetreten: Martin Lang und Rudolf von Delius, beide in literarischen Kreisen hoch geschätzt, und der Letztere als Mitarbeiter der Lesze besonders durch seine Serie von populären Artikeln über Philosophie bekannt geworden. Neue Rubriken: „Heim und Heimkultur“, „Beruf und Erholung“ zeigen, daß die Lesze auch den Schichten entgegenzukommen weiß, denen es hauptsächlich auf Unterhaltung und praktische Belehrung ankommt. Erwähnen wollen wir zum Schluß noch, daß die Lesze als neue Autoren für die vierteljährlich erfolgenden Gratisbeigaben von Büchern gewonnen hat: Max Halbe, Carl Ludwig Schleich, Rudolf von Delius.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung. Verleger: F. H. Schwarz. Druck: Friedr. Wiener & Co. Sämtlich in Lübeck.

Komitee- und Kommissionssitzungen

Deutscher Transportarbeiterverband
Mitgliedschaft Lübeck.

Am Sonnabend, dem 11. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet eine **Vorstands-Sitzung** im „Gewerkschafts-Haus“ Johannisstraße 50-52 mit den Eintastierern statt. (5458)

Der Vorstand.

Dankagung.
Für die große Beteiligung und zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, sprechen wir hiermit allen, die uns ihre Teilnahme erwiesen, unsern herzlichsten Dank aus. (5447)

Johanna Busch, geb. Franck, und Kinder.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und Kranzspenden beim Hinscheiden meiner lieben Entschlafenen sage hiermit allen aufrechten Dank. (5455)

Ludwig Blücher.

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel

kaufen Sie billig und reell bei **Markt Kohlmarkt 4. Otto Albers 10.**

z. B. kompl. Betten v. 12,50 Mk. an. Federn per Pfd. v. 45 Pf. b. 4 Mk. 2) Rote Lubeca-Marken.

Sonnabend i. d. Mattthalle
Stand 13, 14, 15:

Pa. Schweinefleisch 55 u. 60
Pa. geräuchert. Speck 70
Pa. dicke hiesige Flomen 60
Kopf und Bein 15
Pa. Kalbfleisch 60 u. 70
Hiesiges weiß. Schmalz 70

empfehlen (5454)

W. Strohsfeldt.

Eine 3-Meter-Runde billig zu verkaufen (5452)

Schwantampstr. 2a, I. hinten.

Geschäfts-Eröffnung

Max Prien, Huxstraße 16.

Zigarren, Zigaretten, Tabake.
Brieimarken.
Ankauf. Verkauf.
Reichhaltige Auswahl in Marken aller Länder.

Halte mich bei vorkommendem Bedarf bestens empfohlen.

Meierei Schwartau
Inh.: Ph. Eitel — Fernspr. 2144

liefert Vollmilch und Milchprodukte aller Art in bester Qualität. (281)

Ansichts-Karten
empfehlen die Buchdruckerei von Friedr. Meyer & Co.

Dicke Rippen zum Füllen 60.
Schweinefl., Bratenst. 65, fr. Kopf und Bein 15, Mast-Kalbfleisch 90 und 80, junges Lammfleisch 70, Kalbfleisch 100, Scheibenbeefsteak 120, Gulasch 90, ger. Schweinebacon 65, fetter Speck bei Abn. von 4 Pfd. a 70, magerer Speck bei Abn. v. 4 Pfd. a 75, gefrochte Mettwurst und Leberturst 70, Braunschweiger u. Preßwurst 60, fr. ger. Mettwurst 120, ger. Schmalzschinken 80, ohne Knochen 90

Dicke Flomen.

Karl Lahrtz, Böttcherstraße 11-16.
vorm. M. Lahrtz. 75439

Prima geräucherte Mettwurst (Landrauch), Pfd. 1.40 und 1.20
Geräuchert. fett. Speck Pfd. 70
magerer Speck Pfd. 80
Flomenschalz Pfd. 70
Braunschweiger, Wurst, Pfd. 60
und Sülze }
5459) empfiehlt

Osw. Heine
Kronenbörse Allee 37a.

Doppelfleisch (5440)
Leberturst
Schmalz
Heint. Viereck, Südring 9c.

Geschäfts-Eröffnung!

Einem sehr geehrten Publikum von Lübeck und Umgegend zur gefl. Kenntnis, daß ich

Königstraße 127

im Hause Löhmann & Co.,

in der Nähe der Mühlenstraße, ein

Drogen- und Farbengeschäft

verbunden mit Kolonialwaren eröffnet habe.

Es wird mein Bestreben sein, stets nur erstklassige Ware zu billigsten Preisen zu liefern.

Um gefl. Unterstützung meines Unternehmens höflichst bittend, zeichne ich

Hochachtungsvoll

Johs. Wendorff

früher langjähriger Geschäftsführer der Firma Aug. Prösch.

5449

19. Reklame-Angebot!

Strohhüte für Herren und Kinder

jetzt zum Teil bis 25% im Preise herabgesetzt

28 68 85 1.45 1.95 2.25

Franzen & Co., 16 Holstenstraße 16.

Rote Rabattmarken oder 4% in bar.

Beachten Sie unser 20. Reklame-Angebot nächsten Freitag!

Besonders günstiges Angebot für

Freitag und Sonnabend:

Fettes Kalbfleisch.....	das Pfd.	nur	0.90 M.
„ „ zum Braten ...	„	„	1.00 M.
Schnitzel	„	„	1.60 M.
Brägen, fäglich frisch	„	„	0.40 M.
Flomen	„	„	0.55 M.
Rücken-Karbonade	„	„	1.00 M.
Nacken-Karbonade	„	„	0.90 M.
Kasseler Rippespeer	„	„	1.10 M.
Geräuch. Nacken	„	„	1.00 M.

Auf sämtliche Waren 4% Rabatt.

Verkauf in meinen Detailgeschäften.

Thüringer Wurst- und Fleischkonservenfabrik
August Scheere.

5402

F. Meyers Schuhhaus

Hüxterdamm 2 4718

empfiehlt alle Sorten Schuhwaren in solider kräftiger

... Ausführung zu bekannt billigen Preisen ...

Zurückgesetzte Sachen jederzeit zu Ausnahmepreisen.

Werkstatt für gute Reparaturarbeit.

Extra-Angebot!

Damen-Stiefel Derby-Schnitt, Lackkappe

Damen-Halbschuhe Derby-Schnitt Lackkappe

Herren-Spaltstiefel Agraffen

Herren-Spaltstiefel Zug

Herren-Spaltstiefel Schnallen

jedes Paar **nur 4.95 Mk.**

Nur Freitag bis Sonnabend gültig.

Johannes Holst

Kohlmarkt 6. (5445) Markt 6.

Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter

Zahlstelle Lübeck.

Sommer-Vergnügen

bestehend aus

Konzert, Damen- und Kindervergnügen
mit nachfolgendem **BALL**

am Sonntag, dem 12. Juli 1914
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Anfang 4 Uhr. Eintritt 60 Pfg. Ende 2 Uhr.
Eine Dame frei. 5031 **Das Komitee.**

Sozialdemokratischer Verein Schlutup.

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung

am Sonnabend, dem 11. Juli, abends 8 1/2 Uhr
im Lokale von A. Saborowski.

Tages-Ordnung u. a. Delegiertenwahl zum mecklenburgischen
Parteitag. Der Vorstand. (5444)

Konzerthaus Fünfhausen.

heute Freitag: Großes Tanzkränzchen.

Sonntag: Großes Tanzkränzchen.

Achtung! Schuhwaren! Achtung!

Im Partie-Warenhaus Untertrave 44

bei der Drehbrücke

kauft man Mercedes-Stiefel zu und unter Fabrikspreis 8.50 u. 10.50
Goodyearwelt-Stiefel für Damen und Herren von 6.00 an.
Einzelpaare staunend billig. (5450)



Wanduhren, Taschen-
uhren, Goldwaren,
Silberwaren, Hoch-
zeits-, Tauf- u. Jubiläums-
geschenkeempf. **W. Westphaling,**
Holstenstrasse

32

Holstenstrasse

32

Die Arbeitsgarderoben

Bahr & Umlandt

— Breite Straße 31 —

sind anerkannt preisw. u. haltbar.

Zwirnhojen . . . 1.40 bis 3.50

Wollhojen . . . 2.50 bis 5.50

Wollhojen . . . 2.90 bis 7.50

Gen. Cordhojen 4.00 bis 9.50

Schlofferanzüge 2.80 bis 5.00

Klapp- u. Bandhojen in allen

Qualitäten.

Trotz der billigen Preise

1) rote Rabattmarken.

Sozialdemokratischer Verein Lübeck.

Ortsgruppe Molsling.

Die Wahl des Delegierten zum

Parteitag für Mecklenburg und

Lübeck findet am Sonnabend, dem

11. Juli 1914, abends 8 1/2 Uhr,

im Lokale des Herrn H. Siemers,
Kaffeehaus, statt. Um zahlreiche
Beteiligung der Mitglieder ersucht
Der Vorstand. (5443)

Zum Waschen u. Reinmachen be-
sonders zum Einweichen empfiehlt
sich das millionenfach erprobte
Waschmittel Salomba
Pfund nur 25 Pfg. (4)

Zentral-Hallen

Dankwartstraße 20.

Jeden Sonnabend:
Großes Tanzkränzchen

Anfang 8 Uhr. (2187)

Sonntag, den 12. Juli
und Montag, den 13. Juli 1914:

Preisschießen.

Im Montag
mit nachfolgendem Ball.

5457) J. Süke, Rensefeld.

Arbeiter-Abstinenz-Bund

Sonntag, 12. Juli 1914

Ausflug

nach dem
Hemmelsdorfer See.

Abfahrt 7.50 Uhr morgens
vom Gelbplatz. (5441)

4353) Kaufe jeden Posten
angefärrtes Paar.
Herm. Klempau,
Ludwigstr. 38 u. Untertrave 20, II.

Stadthallen-Sommertheater.

Freitag, den 10. Juli:

Novität! Novität!

Mein Freund Teddy

Lustspiel von Alboire und Besnard.

Sonnabend, den 11. Juli:

Wegen Vereinsfestlichkeit geschlossen.

Sonntag, den 12. Juli:

Tangofieber.

Gr. Poße von Urban und Strsch.

5448) Anfang abendlich 8 1/4 Uhr.

Sanja-Theater

Direktion Ernst Albert.

Heute Freitag, den 10. Juli:

Eheferien.

Sonnabend, den 11. Juli:

Wiederholung der am Don-

nerstag mit sensationellem Er-

folg aufgeführten Komödie

Schneider Wibbel

Sonntag, den 12. Juli:

Neu einstudiert

Lübeck's beliebteste Operette

Filmzauber.

Hauptschlager: Kind ich schlaf

doch so schlecht. Unten Binden.

Mühle du kleine Mühle zc.

Anfang stets 8 1/4 Uhr. (5449)